

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post exkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtabbandamitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Seitzer Straße 52, IV., Volkshaus
Telefonamt 7505.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die einpaltige
Pfeilzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einlegung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 48. Sonnabend, den 29. November 1913. 17. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Wie man die Arbeiter niederbügeln will. — Banken und Gewerkschaftsgelder. — Konkurse in der Steinindustrie. — Unverständliche Vorschriften. — Der soziale Kampf. — Wer stützt die Tarifverträge? — Korrespondenzen. — allerlei Bunte für die Berichtserstatter. — Zu den Vorstandswahlen. — Steinausschreibungen. — Rundschau. — Quidam. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressenänderungen. — Versammlungs-Kalender. — Briefkasten. — Anzeigen.
Beilage: Aus der besseren Gesellschaft. — Ein organisationsfeindlicher Pfastersteinindustrieller. — Kirche und Gewerkschaften in Deutschland. II. — Wirtschaftliche Rundschau. — Die Geschichte der Bergarbeiter. — Die Volksfürsorge. — Literaturisches. — Beilagen: Der Turm.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Über alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das nicht möglich ist, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Gesperret sind: Kupferdreh; Firmen Collin und Brand.
Böllinghofen (Elsass). Die Pfastersteinfirma Hartmeier hat die organisierten Kollegen entlassen. Wir warnen vor Zugang nach jenem Betrieb.
Zwingenberg. Der Streik im Granitwerk Rühl & Reimuth dauert unverändert weiter. Die meisten Pfastersteinmacher sind abgereist.

Oesterreich-Ungarn. Gesperret sind: Perchtoldsdorf, Kralau, Lemberg, Bucirce, Nabresina, Sütt, Budafalasz.

Wie man die Arbeiter niederbügeln will.

Der Ring der Volksauswucherer, der Ausbeuter und Arbeiterfeinde zur Niederknüppelung der Arbeiter ist jetzt geschlossen. Einer fehlte bisher noch in diesem Ring; er zierte sich noch immer etwas, er tat so, als sei er eine wirtschaftsfreudliche Unternehmervereinerung, die nur dafür eintreten wolle, der Industrie auf dem Gebiete der Handelspolitik mehr Elbogenfreiheit zu verschaffen gegen die im Zollwucher unerlässlichen Agrarier. Dieser bisher fehlende eine, der *Hansa* und, ist jetzt in das Lager der Scharfmacher eingeschwenkt und hat sich dort sofort auf die Seite der brutalsten Reaktionäre gestellt.

Bereits am 16. Oktober d. J. hatte der Präsident des Hansabundes, der Bankdirektor Rieher, unter dem Hansaruf: „Bürger heraus!“ in Nürnberg eine Scharfmacherrede gegen die organisierten Arbeiter gehalten, die der ehemalige Hauptling des Scharfmacherverbandes, *Bued*, auch nicht anders hätte halten können. Er hatte dort gesagt, der Hansabund werde positive Vorschläge machen, um ein gesetzgebendes Einschreiten gegen die angeblichen Mißstände des Streikpostenselbstens zu beeinflussen. Er bezeichnete es dort als einen zu berechtigten Klagen Veranlassung gebenden unheilbaren Zustand, daß bei Streikexzessen die Sicherheitsorgane ihr Einschreiten abgelehnt hätten, weil sie im Zweifel gewesen seien, ob sie dazu berechtigt wären, und er verlangte, daß diese Sicherheitsorgane in allen Fällen zum Einschreiten verpflichtet würden; natürlich immer Stellung gegen die streikenden Arbeiter nehmend, auch dann, wenn, wie es meistens geschieht, sie die streikende und prügelnde Streikbrecher, die von Unternehmerseite zu Gewalttaten aufgehetzt worden sind, die Hervorruf der Streikexzesse sind. Der Bankdirektor Rieher formulierte dann folgende diesbezüglichen Ausführungen zu folgenden positiven Vorschlägen:

1. Es ist zu erweitern: a) der § 240 des Strafgesetzbuchs dahin, daß es nicht nur wie jetzt als Nötigung zu bestrafen ist, wenn eine Handlung oder Unterlassung widerrechtlich durch Bedrohung mit einem Verbrechen erzwungen wird, sondern daß eine jede mittels rechtswidriger Drohungen unternommene Nötigung mit Strafe zu belegen ist;

b) der § 241 des Strafgesetzbuchs dahin, daß eine strafbare Bedrohung lediglich dann vorliegen soll, wenn ein anderer mit der Begehung eines Verbrechens bedroht wird, sondern auch dann, wenn jemand einen anderen durch eine ihn in seinem Verufe, seiner wirtschaftlichen Existenz oder seinem Ansehen gefährdende Drohung in seinem Frieden stört.

2. Für strafbar soll ferner derjenige erklärt werden, welcher öffentlich oder gegenüber einer Mehrheit von Personen zur Meinung des geschäftlichen oder persönlichen Verkehrs mit einem anderen auffordert, es sei denn, daß die Aufforderung in Wahrnehmung berechtigter Interessen, insbesondere um Dritte vor Schaden zu bewahren, erlassen wird und sich in den Grenzen des dadurch Gebotenen hält.

Es kann noch hinzugefügt werden, daß die Vorschläge der Strafgesetzbuch-Kommission wenigstens hinsichtlich der Erweiterungen der §§ 240 und 241, sich im wesentlichen auf gleichem Boden bewegen.

Ferner halte ich die Forderung der Industrie auf eine Beschleunigung des Verfahrens bei Streikexzessen für durchaus berechtigt und wohl auch ohne große Schwierigkeiten für ausführbar, wobei aber wohlbedenklich wäre, daß diese Beschleunigung, also namentlich eine Abkürzung von Fristen und eine Erleichterung der Formen, allgemein, d. h. auch für andre Fälle, vorgenommen werde.

Endlich ist die Frage erneut und erst zu prüfen, ob nicht Gewerkschaften und Berufsvereine kraft des Gesetzes als juristische Personen zu erklären sind. Es würde dann insbesondere erreicht werden, daß sie nach § 31 des Bürgerlichen Gesetzbuchs mit ihrem gesamten Vermögen für den Schaden verantwortlich wären, den der

Vorstand oder eines seiner Mitglieder oder ein anderer verfassungsmäßig berufener Vertreter durch eine zum Schadenersatz verpflichtende Handlung (vgl. insbesondere § 326 des Bürgerlichen Gesetzbuchs), die er in Ausführung der ihm zustehenden Verrichtung begeht, einem Dritten zufügt.

Gesagt sei nur, daß, wenn der Scharfmacher Alexander Tille noch lebte, er sicher bläb würde vor Kriebel, wenn er diese reaktionäre Scharfmacherleistung des vom linksliberalen „Berliner Tageblatt“ seinerzeit in den entschieden fortschrittlichen Himmel gehobenen Börstners zu Gesicht bekommen hätte.

Doch weiter! Am 5. November d. J. begann in Berlin die sogenannte *Hansa*-Woche; eine Tagung der Ausschüsse der dem Hansabund angeschlossenen Interessengruppen. Der Ausschuß der Industrie, der sogenannte *Industrierat*, tagte am Sonnabend, den 8. November 1913, und dieser beschäftigte sich gleich zuerst mit dem Thema: „Streikexzesse und Gesetzgebung“. Referent darüber war der Syndikus Sächsischer Industrieller, der unermüdliche Streikemann. Seit die Greizer Arbeiter diesen Scharfmachersekretär bei der Erziehung zum Reichstage so blamabel haben durchdrassen lassen, hat er die zerstückelte arbeitervreundliche Maske vollends fallen gelassen. Früher, es ist noch gar nicht lange her, da meinte er noch immer, die jetzigen gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Arbeitswilligen reichten vollständig aus; sie brauchten nur richtig angewandt zu werden. Jetzt reichen diese Bestimmungen plötzlich nicht mehr aus, obgleich unsere Justiz sie in einer Weise anwendet, daß man sagen muß, der streikende Arbeiter ist vogelfrei und der Streikbrecher kann einen Streikenden ungestraft totschlagen. Streikemann also referierte, und in welchem Fahrwasser er sich dabei bewegt hat, zeigt folgende Resolution, die angenommen wurde und die selbst das „Berliner Tageblatt“ in die Formel zusammenfaßt:

„Standrecht gegen Streikvergehen.“

Nach dieser Resolution bezeichnet der Industrierrat des Hansabundes den Schutz der Arbeitswilligen als die dringendste Aufgabe der bevorstehenden Reichstagsagung und er fordert dazu folgendes:

1. Daß für eine gleichmäßige und energische Anwendung der bestehenden polizeilichen und strafrechtlichen Vorschriften „zur Sicherung der Ruhe, Bequemlichkeit und Sicherheit des Verkehrs“ gesorgt wird, und daß insbesondere zu diesem Zweck durch das Reich dafür Sorge getragen wird, daß seitens sämtlicher bundesstaatlicher, landespolizeilicher oder provinzieller Behörden tatkraft gleichmäßige Verordnungen erlassen werden, durch welche die polizeilichen Exekutivbeamten nicht nur über das Recht, sondern auch über die Pflicht zum Einschreiten bei Streikexzessen an Hand der bestehenden Gesetze belehrt werden.

2. Die Einführung eines beschleunigten Strafverfahrens durch Abkürzung von Fristen und Verminderung von Formalitäten.

3. Die Beseitigung der Ausnahmestellung der Gewerkschaften und Berufsvereine durch die Bestimmung, daß der § 31 des Bürgerlichen Gesetzbuchs auch auf nichteingetragene Gewerkschaften und Berufsvereine entprechend anwendbar ist.

4. Die Ergänzung und Abänderung der §§ 240/241 des Strafgesetzbuchs im Sinne einer schärferen Erfassung der Begriffe der strafbaren Bedrohung und Nötigung.

Das „Berliner Tageblatt“ bemerkt dazu:

Der Industrierrat des Hansabundes erucht Präsidium und Direktorium „bringen“, für diese Forderungen — die der Scharfmacherische Zentralverband auch nicht schöner hätte formulieren können — bei den „maßgebenden“ Behörden und Parteien des Reichstags zu wirken. Es ist wie im Jahre 1894, vor dem Sturze Caprivis. Nachdem der Mann mit der fehlenden „pupillären Sicherheit“ in aller Stille die Parole ausgegeben hatte, „Maßnahmen gegen den Umsturz“, wurde die Sache bald epidemisch. Von den Nationalliberalen wurde Resolution über Resolution gefaßt, und auf dem Frankfurter Parteitag proklamierte nachts um die zwölfte Stunde Hammacher den abwesenden Vennigen zum künftigen Reichstanzler. Zu spät merkten damals die Nationalliberalen, daß sie von einem schlaun Vogel fänger auf einen bösen Feind getroffen worden waren. Sollten die Nationalliberalen den Umsturzwinkel von 1894 durchaus wiederholen, so kann man sie daran nicht hindern. Mit Bedauern aber wird man in allen liberalen Kreisen den Hansabund dabei hilflose Hand leisten sehen. Denn zu einer Zeit, wo das Wort „Streikbrecher“ mit fünf Monaten Gefängnis geahndet und ein Arbeitswilliger, der einen wehrlosen Streikposten über den Haufen stößt, freigesprochen wird, scheint wirklich manches andre „bringlicher“ zu sein.

Welche schreiende Ungerechtigkeit diese „dringendste“ Forderung des Hansabundes gegenüber den organisierten Arbeitern ist, das zeigt ein anderes bürgerliches Blatt, die „Frankfurter Zeitung“. Diese zeigt aber auch gleich die Ursachen zu dem neuen Kreuzzug der Scharfmacher gegen die organisierte Arbeiterschaft. Das bürgerliche Blatt schreibt:

Seitdem sich in Leipzig der Zentralverband deutscher Industrieller, der Bund der Landwirte und der Reichsdeutsche Mittelstandsverband zu einem Rande der Vertreter und der Scharfmacher zusammengefunden haben, beherrschten die von diesem Trio wieder ausgehenden Schlagworte vom „Schutz der nationalen Arbeit“ und vom „Schutz der Arbeitswilligen“ in wachsendem Umfange die öffentliche politische Diskussion; namentlich mit der Forderung nach einem besseren Schutz der Arbeitswilligen, worunter man in Wirklichkeit eine Befestigung der Arbeitergewerkschaften versteht, glaubt man, politische Geschäfte machen zu können. Die Unternehmer der Schwerindustrie, die seit einiger Zeit auch in größtem Umfange an der Schaffung und Ausbreitung der neuen Gewerkschaften arbeiten, sind hier, unterstützt von der agrar-konservativen Presse, die eigentlichen Kuxer im Streite. Daß sie damit ein Feuer anfachen, dessen Flammen einmal ihrem eigenen Hause sehr bedenklich nahe kommen können, merken sie nicht. Sie lassen ihre Organe mit immer lauterem Tönen zum Kreuzzug gegen den Terrorismus der Sozialdemokratie predigen. Und sie stellen sich, als wüßten sie nicht, daß der von den Arbeiterorganisationen ausgeübte Zwang

nur eine Teilerleichterung eines viel umfassenderen Problems ist, daß er sein Gegenstück findet in dem Organisationszwang, den die wirtschaftlichen Organisationen der Unternehmer in noch viel schärferer Maße ausüben werden. Der Organisationszwang ist in Wirklichkeit jeder nach Marktbeherrschung strebenden wirtschaftlichen Organisation immanent und unentbehrlich; spricht man vom Terrorismus der Gewerkschaften, so muß man noch viel mehr vom Terrorismus der Unternehmertarife und der Arbeitgeberverbände sprechen. Das recht deutlich zu betonen, ist im gegenwärtigen Augenblick vielleicht doch nützlich. Denn es mag denen, die jetzt ein neues Schlagwort für reaktionäre Politik gefunden zu haben glauben, eine Warnung sein.

Es ist in der Tat so. Nicht die Gewerkschaften sind die Angreifer in den wirtschaftlichen Kämpfen, sondern sie sind die Organisationen der sich in der Notwehr befindlichen Arbeiter, die sie schützen müssen gegen die Wucher- und Ausbeutungsmagnahmen der Unternehmertreife, die sich in dem Kartell der freisenden Arbeit zusammengesunden haben, um bei der bevorstehenden Revision des Jolltarifs ihre Chancen zur Bildung von Privatmonopolen mit Hungerpreisen noch verbessern zu können.

Stets, wenn man einen großen Raubzug auf die Taschen des Volkes plante, kam die herrschende Klasse einige Zeit vorher mit Knebelgesetzen gegen die Arbeiterschaft. 1879 begann man die Zollwucherpolitik und ein Jahr vorher kam man mit dem Sozialistengesetz, um das Volk mundtot zu machen. Am das Jahr 1900 herum plante die herrschende Klasse den großen Zollwucher und prompt stellte sich zwei Jahre vorher, 1898, die Zuchthausvorlage ein, die es den Arbeitern, bei Strafe des Zuchthauses, unmöglich machen sollte, sich mit Hilfe der Gewerkschaften gegen die Teuerung zu wehren, die als Folge des Zollwuchers auftreten mußte und ausgetreten ist. Jetzt nun stehen wir wieder vor einer Revision des Jolltarifs. Allseitig ist, und auch ganz besonders von den Liberalen, denen die Mitglieder des Hansabundes angehören, bereits heftig worden, daß an dem bisherigen Jollsystem nichts geändert werden soll. Die Ursache der fortwährend steigenden Teuerung soll also in vollem Umfang bestehen bleiben, ja sogar noch vermehrt werden. Restlos sind die bürgerlichen Parteien ins Lager der Hochschulzöllner admetriert. Jene Kreise aber wissen sehr genau, welche verheerende Wirkung die Aufrechterhaltung der jetzigen Jollpolitik auf die Lebenshaltung der Arbeiter ausüben wird. Sie wissen es ganz genau, die Herren vom Hansabund und die ihnen gleichgestimmten Scharfmacher im Kartell der freisenden Arbeit, d. h. im Bund der Landwirte, im Zentralverband deutscher Industrieller und im Reichsdeutschen Mittelstandsverband, sie wissen es, daß die durch den ungeschwächten Zollwucher in noch größerem Maße auftretende Not, die Arbeiter zwingen wird, wirtschaftliche Kämpfe zu führen, um sich vor der weiteren Verschlechterung der Lebenshaltung und dem körperlichen Ruin zu schützen. Ja, sie wissen es, die Herren Streikemann, Rieher, Köster, Schweighofer, Dertel und Konsorten. Und weil sie es wissen, so verlangen sie unter dem Deckmantel des Schutzes der Arbeitswilligen Knebelgesetze gegen die Arbeiter; verlangen sie, daß man die Polizei und das Standrecht gegen die Arbeiter mieten lasse, wenn sie den Versuch unternehmen, höhere Löhne zu erstreben, um einen Ausgleich zu schaffen für den an ihnen erlittenen Jollraub. Wegen Nötigung und Erpressung sollen die Arbeiter ins Gefängnis und Zuchthaus geworfen werden, wenn sie unter Hinweis auf die Verweigerung der Arbeit einen höheren Lohn fordern, um wenigstens das zu erreichen, was ihnen die Wucherparteien durch die zum wirtschaftlichen Vorteil erschlissenen Zollwuchergesetze aus der Tasche nehmen.

Mit einem Wort gesagt: Um den Jollraub und Lebensmittelwucher ungestört und ergiebig durchführen zu können, verlangt die herrschende Klasse die gesetzliche Majorisierung der Arbeiterrechte.

Da ist es nun höchste Zeit, daß die Arbeiterschaft Klar macht zu dem Gesetzt. Es handelt sich hier einfach um alle Vorbedingungen zu einem menschenwürdigen Leben, die den Arbeitern genommen werden sollen. Um Sein oder Nichtsein handelt es sich.

Banken und Gewerkschaftsgelder.

Ganz wider ihren Willen fördert die Deutsche Bank eine Reform der Vermögensverwaltung der deutschen Gewerkschaften, die schon seit längerer Zeit Gegenstand mannigfacher Erwägungen war. Nicht wenige unserer Gewerkschaften gehören zu den Kunden der Deutschen Bank, und zwar nicht nur die Zentralstellen der Verbände, sondern auch die lokalen Organisationen; es fließen auf diese Weise den Kassen der Bank Duzende von Millionen an Depositen-geldern zu. Kürzlich trifterten an der Berliner Börse die von uns verzeichneten Gerüchte, Arbeiter- und Angestelltenorganisationen hätten der Deutschen Bank Depositen-gelder wegen der bekannten Maßregelung eines Beamten gefündigt. Von der Deutschen Bank wurden diese Gerüchte als haltlos bezeichnet; aber es war vorauszu-sehen, daß die Angriffe des Finanzinstituts gegen das Koalitionsrecht der Angestellten doch noch geschäftliche Konsequenzen nach sich ziehen könnten.

Nun hat sich die Generalkommission der Gewerkschaften mit der Affäre befaßt; sie kam zu dem Beschluß, mit der Deutschen Bank über gewisse, noch zu formulierende Bedingungen in Verhandlungen zu treten, um Sicherungen für den Schutz des Koalitionsrechts der Angestellten in Zukunft zu erhalten. Als weitere Folge müßte sich bei einer Ablehnung dieser Bedingungen auch ein Abbruch der geschäftlichen Beziehungen ergeben. Die wir hören, ist bei andern Großbanken sehr starke Geneigtheit vorhanden, jene Garantie für die Anerkennung des Koalitionsrechts

Der Angehörigen zu geben, die nach den Vorkäufen der letzten Zeit von der Deutschen Bank verlangt werden muß.

Der von der Deutschen Bank gemachte Anstellung war, wie erinnerlich sein wird, Mitglied des Allgemeinen Bankbeamtenvereins, also einer Organisation, die der Generalkommission deutscher Gewerkschaften nicht angeschlossen ist. Es handelt sich bei dem Vorkäufen der Generalkommission nicht um die Wahrung irgendeines Verbandsinteresses, sondern um die Verteidigung des Koalitionsrechts; die Generalkommission entschloß sich zu den dargelegten Schritten ganz ohne Rücksicht darauf, welcher Richtung der Bankbeamte auch angehört.

Allein die der Generalkommission angeschlossenen Gewerkschaften werden bei den Banken mehr als 60 Millionen Mark Depositen gelber unterhalten, sie sind die besten Kunden der Banken, denen sie jahrelang jährlich Geld bringen, ohne je von ihnen Kredite zu beanspruchen. Um diese Kundenschaft werden die Banken, sie haben gewiß keine Lust, um der schönen Augen der Direktoren und der Deutschen Bank willen auf höchst lukrative Geschäftsverbindungen zu verzichten. Aber in jedem Falle müssen diese Vorgänge zu einer Ausgestaltung der Finanzverwaltung unserer Gewerkschaften führen. Viele und große Fragen drängen in den Gewerkschaften früher einer Lösung zu, manches ist auf dem Gebiete der Finanzfrage schon gelöst, doch eine umfassende Neuorganisation tut not. Zumeist legt jede einzelne Gewerkschaft ihre Einnahmen aus Mitgliederbeiträgen und ihre Fonds für sich allein an, sie trägt ihre verfügbaren Gelder, soweit sie nicht in den Gewerkschaftskassen selbst bleiben, mit kurzfristiger Kündigung zu einer Bank; für diejenigen Mittel, die voranschreitend nicht angegriffen werden brauchen, kauft sie Staatsanleihen und ähnliche Wertpapiere. Schon gemeinsames Vorgehen der Gewerkschaften in der Anlage ihrer Gelder würde zu beträchtlich gesteigerten Zinseinnahmen führen, selbst wenn man zunächst von der Errichtung einer besonderen Zentralverwaltungsstelle abstieht. Um die dauernd weiter steigenden Gewerkschaftsgelder mit größtmöglicher Nutzen anzulegen, natürlich unter Bedingungen, die sich aus der Stellung und den Bedürfnissen der Gewerkschaften ergeben, wird je länger je mehr eine Organisation notwendig, die ausschließlich eine bankmäßige Tätigkeit ausüben muß. Soweit sich Sachleute, die sowohl das Bankfach als auch das Gewerkschaftswesen kennen, mit diesen Fragen beschäftigen, kamen sie zu dem Ergebnis, daß die Tätigkeit einer Gewerkschaftsbank neben vielen anderen Vorzügen für die Arbeiterbewegung auch den einer hohen Rentabilität hätte. Mangelnde Kenntnis der Bankverwaltung führte zu der irrigen Auffassung, daß durch Gründung einer Gewerkschaftsbank die Gelder der Organisationen notwendigerweise „verschleudert“ werden müßten, wenn sie eine Verzinsung über das von Banken und Sparkassen gewährte Maß hinaus erbringen sollen. In Gewerkschaftskreisen, die sich mit Finanzfragen etwas eingehender beschäftigen, wird diese Ansicht heute nicht mehr gehegt; es dürfte deshalb die Reform der Vermögensverwaltung in den Gewerkschaften der Lösung in einem etwas schnelleren Tempo entgegengehen. Nicht zuletzt durch das provozierende Verhalten der Deutschen Bank.

Die Generalkommission würde sich ein weiteres Verdienst erwerben, wenn sie wegen der Anlegung der Gewerkschaftsbank mit einigen praktischen Vorschlägen käme. Eine Konferenz unter Hinzuziehung der Hauptkassierer würde sicherlich viele neue praktische Gesichtspunkte ergeben. Gewiß sind die Gewerkschaftsgelder sicher angelegt, ob es aber nicht möglich wäre, noch bessere Gewinnbringendere Anlagemöglichkeiten herauszufinden, ist allerdings eine andere Frage.

Das Vorgehen der Generalkommission gegenüber der Deutschen Bank war notwendig, dabei zeigt sich recht drastisch, welchen Machtfaktor die freien Gewerkschaften im Wirtschaftsleben darstellen.

Die Mitteilung, daß die Generalkommission der deutschen Gewerkschaften mit der Direktion der Deutschen Bank in Verbindung treten will, um den Bankangestellten das Koalitionsrecht zu wahren, hat die Scharfmaße der Presse mobil gemacht. So schreiben die „Samwurger Nachrichten“:

Die sozialdemokratischen Gewerkschaften werden zweifellos, wenn sie jetzt die Bürgerkassen für das Koalitionsrecht, wie sie es verstehen, erhalten sollten, in kurzem wieder kommen und über Entlassungen oder Maßregelungen oder Gehälter Nachdenken fordern. Und die Angestellten der Deutschen Bank werden künftig darauf pochen, daß sie sich nur hinter die Gewerkschaften zu stellen brauchen, um zu erlangen, was sie wünschen. Einseitigen und so lange die Direktion der Deutschen Bank nicht jetzt sich genügt hat, glauben wir darum nicht, daß sie sich auf Verhandlungen mit den sozialdemokratischen Gewerkschaften einläßt. Was heute der Deutschen Bank, kann morgen einer andern Bank zugemutet werden. Und darum glauben wir auch nicht an die Prahlereien des „Vorwärts“, daß Beauftragte anderer Banken sich bereits bei den Gewerkschaften um die Depositionen bemühen, die der Deutschen Bank genommen werden sollen. Jedenfalls werden das nicht unsere großen Bankinstitute sein. Denn sie alle müssen sich doch sagen, daß sie auf Gnade und Ungnade dem Uebermut und der Arroganz der Sozialdemokratie ausgeliefert sind, wenn sie sich jetzt demütig den Gewerkschaften unterwerfen. Das Bild stellt sich ganz anders dar. Die großen Banken, alle, die für Kapitalanlagen Sicherheit bieten, sind an diesem Vorstoß der Sozialdemokratie beteiligt und bilden eine selbstverständliche Interessengemeinschaft gegen die Annahme, die in ihren inneren Betrieb eingreifen will. Ziehen die Gewerkschaften ihre Millionen von der Deutschen Bank zurück, so mögen sie sehen, wie sie wieder eine gleich gute und sichere Anlagestätte finden. Keine große Bank wird diese Gelder nehmen wollen, die demütigende Bedingungen, ja die Aufwiegelung der Angestellten ins Haus schleppen und so unklar sind, daß man jeden Augenblick auf ihre Zurückziehung gefaßt sein muß. Schon wurde mit einer eigenen Gewerkschaftsbank gesehelt. Die Sozialdemokraten mögen den Versuch machen. Welch größere Bank würde mit einer solchen unter den obwaltenden Umständen aus Grima gegründeten Bank Geschäfte machen? Die Gewerkschaftsbank stände bald allein. In der Zeit ist die Stellung der Deutschen Bank so günstig wie möglich, wenn sämtliche namhaften Banken richtig erkennen, wozu sich hier handelt und ihr zur Seite treten. Sie sind in der Lage, der Herrschaft der Sozialdemokratie einen festen Damm entgegenzustellen, besser und auf festerem Boden als die Industrie.

Wenn dem Verleger dieser Notiz nicht böswillige Absicht die Feder geführt hat, so vertritt er zum mindesten lokale Interessen in gewerkschaftlichen Dingen. Es ist nicht Aufgabe der Generalkommission, sich gemeinsam um einzelne Entlassungen, Maßregelungen und Gehälter von Angestellten oder Arbeitern zu kümmern; sie hätte damit gar sehr viel zu tun. Zu diesen Interessensvertretungen der Arbeiter- und Angestelltenvereine sind deren Organisationen da. In diesem konkreten Falle, bei der Entlassung in der Deutschen Bank, handelt es sich um mehr. Nicht die einfache Entlassung irgendeiner Angestellten aus einem untergeordneten Stande gab der Sache eine Bedeutung über das Alltägliche hinaus, sondern die damit verbundene Verletzung des Koalitionsrechts der Angestellten. Und in dieser Zeit, in der von allen Seiten der Versuch gemacht wird, den Arbeitern und Angestellten das Koalitionsrecht zu schmälern, erwacht der Generalkommission die doppelte Pflicht, hier feststehend einzugreifen. Dazu noch kommt, daß die Gewerkschaften aus Gründen der Selbstbehauptung und bei ihrer täglichen schweren Verteidigung des Koalitionsrechts mit einem Institut keine geschäftlichen Verbindungen aufrechterhalten können, das Arbeiter und Angestellten das für die wichtigsten Standesrecht freizugeben macht.

Die vom Arbeiterführer gemachten Schlussfolgerungen aus dem Vorgehen der Generalkommission sind daher ebenso aberra wie seine Scharfmaße der Presse offensichtlich sind. Auch die Banken werden sich durch das nicht, wenn sie ihren Angestellten das gewerkschaftliche, was jeder vernünftige Unternehmer tut und wozu der beste Lohn durch die Arbeiterorganisationen erhoben werden muß. Das Uebermaß sei dem Herrn verpönt, daß es sich bei der Entlassung über die Bemühungen anderer Banken, die Deposition der Gewerkschaften zu bekommen, nicht um Prahlereien und

auch nicht um keine Banken handelt, sondern um tatsächliche Vorgänge.

Das das Vorgehen der Generalkommission in weiteren Kreisen Sympathien findet, beweist die Erklärung des Vertreters der Internationalen Arbeiterliga, wonach auch diese ihre bei der Deutschen Bank hinterlegten 400 000 M. Kündigen würde, und die Tatsache, daß eine Breslauer Ortsgruppe der Christlich-Deutschen Gewerksvereine dem Zentralrat den Auftrag erteilte, eventuell die Lösung der Depots bei der Deutschen Bank zu veranlassen. Ein Vorgehen, das wir von jeder Angestellten- und Arbeiterorganisation für selbstverständlich halten, wenn die Deutsche Bank in ihrem koalitionsfeindlichen Verhalten beharren sollte.

Allerdings, vor 20 Jahren hätte die Deutsche Bank auf einen Einspruch der Generalkommission nichts gegeben, heute aber sind die Gewerkschaften, sowie auch die Konsumvereine wirtschaftlich so erstarkt, daß selbst eines der größten Bankinstitute den Einspruch der höchsten Gewerkschaftsinstitution nicht mehr ignorieren kann. Und da gibt es selbst in unsern eignen Reihen immer noch Leute, welche meinen, wir kämen nicht vorwärts.

Konkurse in der Steinindustrie.

Die Steinindustrie mit über 12000 Betrieben ist nicht schlecht fundiert. Um ein allgemeines Urteil über den wirtschaftlichen Stand einer Industrie geben zu können, wird meist auf zwei Momente verwiesen: 1. Wie stehen sich die Aktiengesellschaften bzw. wie hoch sind die gezahlten Dividenden, und 2. wie groß ist die Zahl der Unternehmer, die innerhalb Jahresfrist in Konkurs geraten sind. Die Aktiengesellschaften sind aber bei einer solchen Betrachtung nicht immer maßgebend, wenigstens für die Steinindustrie nicht. Wir haben einige solcher Werke, welche schlecht rentieren; es wurde eben die Gründung schon sehr unbedachtlich vorgenommen. Wir könnten mit einigen Namen dienen. Soweit aber die Konkursstatistik in Frage kommt, kann der Schluß gezogen werden, daß der Unternehmerstand der Steinindustrie in finanzieller Hinsicht als sehr — solid anzusehen ist.

Von den Konkursen entfallen auf Gewinnung, Verarbeitung und Bearbeitung von Natursteinen (die in Klammern gefetzten Ziffern nehmen auf das Jahr 1911 Bezug):

Neue Konkursverfahren überhaupt	63 (64)
Wegen Nichtvorhandenseins einer den Kosten des Verfahrens entsprechenden Masse wurden Anträge auf Konkursöffnung abgewiesen	16 (18)
Die Zahl der eröffneten Konkursverfahren betrug	47 (41)
Verordnete Konkursverfahren überhaupt	32 (47)
Davon wurden beendet:	
durch Schlussverteilung	22 (35)
durch Zwangsvergleich	4 (8)
wegen Nichtvorhandenseins einer den Kosten des Verfahrens entsprechenden Konkursmasse	6 (8)

Von den nicht bevorzugten dieser Konkursforderungen wurden gedeckt:

1 Fall	über 80 bis 100 Prozent
3 Fälle	40 " 60 "
7 "	20 " 40 "
11 "	0 " 20 "
10 "	0 Prozent "

Wenn wir aber die große Zahl der Unternehmer in der Steinindustrie in Betracht ziehen, so ist die Zahl der gemeldeten Konkursverfahren ohne Belang. Allerdings haben im Vorjahre einige Sandsteinindustrielle den Konkurs anmelden müssen; bei jenen Werken lag es nicht daran, daß die leitenden Personen zu wenig tüchtig waren, nein, dies brachte die allgemeine Misere, in der sich die Sandsteinbranche befindet, mit sich.

Wenn eine Rubrizierung auf die einzelnen Branchen möglich sein würde, so ergäbe sich sehr wahrscheinlich, daß die Grabsteingeschäfte am ungünstigsten abzufinden würden.

Unverständliche Vorschriften.

In Straßburg (Eloß) will man der Verwendung des Natursteins anscheinend scharf zu Leibe gehen. Es wurde nämlich verboten, daß an bestimmten Straßen polierte Fassadenteile zur Verwendung gelangen dürfen. Auch die Bildhauerei wird durch jenes Verbot geschädigt. Kürzlich fand nun in Straßburg eine äußerst stark besuchte öffentliche Versammlung von Interessenten des Kunstgewerbes statt, in welcher Bildhauer C. Ruppert über das Thema: Die städtische Kunstkommission und ihr Wirken referierte. Er führte — in knappen Zügen wiederzugeben — aus, nachdem er die Entwicklung Straßburgs geschildert und daß die neuen Fassaden als ein Produkt der wirtschaftlichen kapitalistischen Verhältnisse zu betrachten seien: Die Kunstkommission habe durch ihr Wirken schon zu großen Unzuträglichkeiten geführt. Warum juche man auch hier mehr und mehr das Ornament völlig zu beseitigen? Einfach deshalb, weil man nicht in der Lage ist, ein Ornament richtig zu entwerfen und herzustellen. Auch dem Marmor hat man den Krieg erklärt. Man hat behauptet, daß er unmodern wäre. Das müde doch etwas zu naiv an. Nicht allein die Kunstkommission trägt aber an unsrer Kunstlosigkeit die Schuld, sondern der ganze Gemeinderat. Ein Bauherr hatte für seinen Bau in der Neuen Straße 1000 M. für Bildhauerei vorgezogen, einem andern wurde die Bildhauerei ganz gestrichen usw. Man habe sich unter dem neuen Boulevard wahrhaftig etwas andres vorgestellt als das, was er jetzt sieht. Man verjagt eben, den Karlsruher Baustil hier einzuführen. Redner verlangt vom Gemeinderat, daß er zu der Gesamtlosigkeit der Kunstkommission unbedingt Stellung nehme. Am Schluß seiner Ausführungen wurde dem Redner lebhafter Beifall zuteil. Dazwischen schloß sich eine lebhafteste Debatte, eingeleitet durch Genossen Fuchs, Reichstags- und Landtagsabgeordneter. Es beteiligten sich weiter daran Dombaumeister Knauth, Baurat Beblo und Dr. Emmerich, Vorsitzender der städtischen Kunstkommission, welche das Wirken dieser Kommission schärfte und recht zu verteidigen suchten. Trotzdem wurde folgende Resolution mit großer Mehrheit angenommen: Die im Saal zum Körner tagende öffentliche Versammlung mit der Tagesordnung: Die Schädigung des Handwerks, der Kunsthandwerker und der Bauinteressenten durch die städtische Kunstkommission nimmt Kenntnis von den Ausführungen des Referenten über die eigenartige Stellungnahme der städtischen Kunstkommission bei der Genehmigung der Fassaden bei Neu- oder Umbauten und dem fortwährenden Abändern der von den Architekten eingereichten Entwürfe. Daburch hat man den selbständigen Architekten alle Lust am Arbeiten genommen und auch die Unternehmer und Arbeiter sehr geschädigt, besonders die Steinbildhauer und die Kunstschlosser. Wenn die Kunstkommission nach einer reinen Stilart gezeichnete Fassaden so umändert, daß man überhaupt nicht mehr erkennt, in welche Zeitepoche sie hineinzupassen, zeigt das zur Genüge, daß sie ihre Aufgabe nicht be-

griffen hat. Die Versammlung hat den Eindruck, daß die Kommission viel zu schablonenmäßig arbeitet und sich von einer Person leiten läßt, die dieser schweren Aufgabe nicht gewachsen ist. Die Versammlung erwartet vom Gemeinderat, daß er sich dieser Angelegenheit annimmt und baldmöglichst eine Verberung herbeiführt, ehe die Gesamtheit der Bauinteressenten und die Stadt als solche auf immer einen großen Schaden erleidet. Diese Resolution wurde dem Gemeinderat übermittelt, und haben auch schon mehrfache Verhandlungen stattgefunden, über die wir nach Beendigung im Zusammenhang zu berichten gedenken.

Der soziale Kampf.

Das große Drama des sozialen Kampfes äußert sich zuerst wieder in besonders scharfen Zudungen unfreier Gesellschaftskörper. In den meisten industriellen Staaten wütet die wirtschaftliche Krise als trauriges Zeichnen der großen Dürftigkeit der herrschenden Gesellschaftsordnung. Und ob Preußen-Deutschland, Österreich-Ungarn, Rußland oder die französische Republik: überall ist außerdem noch die Reaktion eifrig am Werke, sie sucht mit allen Mitteln und jeder Bosheit an ihren ererbten Vorurteilen und dem Recht der Ausbeutung der Kernsten festzuhalten. Die Vorstöße gegen die vorhandenen wünschigen Arbeiterrechte werden immer stärker und rücksichtsloser.

Im Grunde genommen ist diese Reaktion in allen Ländern die gleiche, nur ist die Form dem Stand der Zivilisation entsprechend mehr oder minder brutal. Junkertum, Bourgeoisie, Unternehmertum und Bürokratie sind die Repräsentanten und Befestiger des Ausbeutungssystems und überall befindet sich in diesen Ländern fast das gesamte Pfaffenstum als treuer Mitarbeiter in ihrem Gesolge und widmet sich der „heiligen“ Aufgabe, die leibliche Knetschaft durch geistige Knetsung zu konservieren.

Dieser große soziale Kampf spielt sich vor unsern Augen schon seit Jahrtausenden in einem stiller entlofen Film ab. So lange wir eine Menschheitsgeschichte kennen, sehen wir diesen Kampf der Besten gegen die Besten, der Ausbeuteten gegen die Ausbeuter. Schon zu allen Zeiten suchten die von Glück und Natur milder beschiedenen Menschen mit allen Mitteln des jeweiligen Kulturstandes ihre soziale Lage zu verbessern. Und dieses Bestreben wurde auch schon immer durch die jeweilig herrschenden Klassen aufs grausamste bekämpft. Das „Buch der Mysterien“, die Bibel, berichtet in anschaulicher Weise von den Klassenkämpfen der alten Zeit, als die Hebräer das pharaonische Joch bekämpften, das mit unerhörtem Druck auf ihnen lastete, und wie es ihnen schließlich unter Anwendung kräftigen Widerstandes gelungen ist, diesem Ausbeuterjoch zu entweichen.

Gewiß war das verhältnismäßig leichter als heute. Nach der Bibel hatten die Juden außerdem einen allmächtigen Bundesgenossen auf ihrer Seite, der mit wahrhaft anmaßlichen Mitteln ihre Befreiung durchsetzte. Auch waren damals noch nicht die vorgewundenen Gesetzesparagrafen vorhanden, die bekanntlich eine Erfindung späterer „Zivilisation“ sind und im Grunde genommen zum ureigenen Schutze der Ausbeuterklasse dienen. Zensur wurde an den Papyrusaufzeichnungen nicht gelbt, Versammlungsgehege waren unbekante Begriffe.

Auch die Geschichte des Christentums zeigt in ihren Ursprüngen den Kampf der Unterdrückten gegen ihre Unterdrücker. Das Christentum war die Befreiungslehre der Ausbeuteten aus dem Joch barbarischer Verdrückung und Knetsung. Die neue Weltanschauung wurde mit Feuer, Schwert und Folterjungen bekämpft, ohne daß es den herrschenden gelang, diese gegen die schreiende Ungerechtigkeit der damaligen Zeit gerichtete Lehre zu vernichten. Von den Anhängern der neuen Lehre wurde weder größte Armut, noch Exil oder Tod gescheut; um der als richtig und notwendig erkannten Ueberzeugung Ausdruck zu geben. Die bestehenden Klassen mußten sich mit dieser Lehre auseinandersetzen und erhoben sie zur Staatsreligion. Sie verstanden es aber leider bald, den Sinn der Lehre nach ihren Interessen zu deuten und bald hatten sie dem Volke das alte Joch in anderer Form aufgehängt. Heute ist eine neue Anschauung entstanden, die unter Benützung der Lehren des Christentums jenes alte, vernachlässigte Erbe des Kampfes gegen Unterdrückung und Knetsung aufgenommen hat und zielbewußter und nachdrücklicher denn je die festen Positionen der bestehenden Klassen bestirmt.

So sehen wir von Kulturperiode zu Kulturperiode den sozialen Kampf der Unterdrückten gegen ihre Unterdrücker. Stets wurde und wird von den jeweiligen Machthabern der jeweilige Zustand als „heilig“ und unantastbar erklärt und mit allen ihnen zu Gebote stehenden Machtmitteln verteidigt; wir sehen aber auch, daß sie Position auf Position aufzugeben gezwungen wurden. Die alte Sklaverei wurde beseitigt und durch die mildere Form des Fronleibes und der Leibeigenschaft ersetzt, die letztere mußte schließlich der modernen und besseren Form des „freien Arbeiters“ Platz machen.

Dagegen diese neuere Form der Ausbeutung gegenüber den Methoden des Altertums und Mittelalters unstreitig eine etwas humanere genannt werden muß, so ist damit das Schenken des Proletariats noch lange nicht erfüllt. Der soziale Kampf nimmt aus diesem Grunde auch seinen Fortgang; er ist deshalb ein so hartnäckiger, weil der jeweilige herrschende Zustand schon stets ein unmenschliches Unrecht darstellte, begangen durch eine an Zahl kleine, aber mächtige Klasse der großen Mehrheit der Volksgenossen gegenüber. Ein solcher Zustand findet stets bei allen gerechtfertigten Menschen Widerspruch und der daraus resultierende Kampf erreicht nicht eher sein Ende, bis ein wahrhaft gleiches Recht für alle geschaffen ist und sämtliche Klassenunterschiede beseitigt sind.

Diese große, weltgeschichtliche Mission hat heute die Arbeiterklasse übernommen. Planvoll und zielbewußt richtet sie ihre Stoßkraft gegen ihre mächtigen Gegner durch die Macht ihrer gewerkschaftlichen und politischen Organisationen. Die Gewerkschaften haben in diesem Kampfe die Rolle der Sappeure und Avantgarde übernommen. Sie juchen durch ungeschliche Vorstöße, sei es mit oder ohne Anwendung des scharfsten Mittels, des Streiks, die Positionen des reaktionären Kapitalismus zu erschüttern und für die Arbeiter immer mehr Entlohnung und verkürzte Arbeitszeit zur materiellen und geistigen Befreiung der Arbeiterklasse herauszuholen. Schon ist es ihnen in vielen Fällen gelungen, an die Stelle des Fabrikfeudalismus den Betriebskonstitutionalismus zu setzen, d. h. die unter „patriarchalischer“ Flagge jegende Alleinherrschaft des Unternehmers zu brechen und durch Tarif- und Arbeitsverträge den Arbeitern ein Mitbestimmungsrecht im Betriebsbetriebe zu schaffen. Das ist wiederum eine neue, abgemilderte Form der kapitalistischen Ausbeutung und dem gegenständlichen Wirken der Gewerkschaften und der immer mehr um sich greifenden Aufklärung zu verdanken.

So nimmt der wirtschaftliche Befreiungskampf der Arbeiter, hin und wieder gehemmt durch ökonomische Einflüsse, aber ohne Unterlaß vorwärtsdrängend, seinen Fortgang. Wohl kommen sich den Gewerkschaftsorganisationen große wirtschaftliche Verbände der Unternehmer entgegen und suchen den Siegeslauf der Menschheitsbefreiung aufzuhalten. Zur Hilfe eilen ihnen dabei Feudaladel, Bürokratie, Klerikal, Spießbürgertum und reaktionäre Geistesbildung. Aber immer mehr dringt der Gedanke von der Notwendigkeit des organisierten Wirtschaftskampfes in die Massen, mit gleichem Maße schwillt deren Macht und Ansehen und sie treten mit Erfolg der Korona ihrer Widersacher entgegen. Hinter ihnen aber stehen die starken Heresäulen der politischen Arbeiterorganisationen, die gleichfalls aufstrebend wirken und vornehmlich durch geeignete Maßnahmen in die Gesetzgebung einzubringen und deren Pläne in die Hände zu bekommen trachten. Überall schreitet auch auf diesem Gebiete die Arbeiterkraft von Erfolg zu Erfolg. Der verachtete „vierte Stand“, den man früher höhnlisch als „Objekt der Gesetzgebung“ bezeichnet hat, entwickelt sich mehr und mehr zum Gesetzgeber, zum Subjekt der Gesetzgebung.

Beilage zum „Steinarbeiter“.

Nr. 48.

Sonabend, den 29. November 1913.

17. Jahrgang.

Aus der besseren Gesellschaft.

Kaum ist der Vorhang über das Genrebild aus dem Leben der Panzerplattenarbeiter gefallen, und schon wieder entrollt sich auf der Bühne der Berliner Strafkammer in Moabit ein neues andres Charakterbild. Diesmal sind nicht die Brandt und Eccius und darüber hinaus das gesamte Kruppdirektorium die Angeklagten, sondern der edle Grafin Fischer v. Treuberg ist die Hauptrolle auf den Leib geschrieben. Dieser Prozeß der besseren Gesellschaft ist ein so gelungener Ausschnitt aus dem gesellschaftlichen Leben Berlins, wie er besser durch keinen noch so hervorragenden Satiriker gezeichnet werden könnte.

Da ist z. B. die Hauptperson, Frau Fischer v. Treuberg, Lebens- und Heiratsvermittlerin. Selbst den Offenbarungselb, lebt natürlich in einer Wohnung von fünf glänzend ausgestatteten Zimmern — Preis 1900 Mk. —, macht Reisen nach Monte Carlo, auf denen sie 10 000 bis 20 000 Mark ausgibt; kurz; sie genießt das Leben, wie es einem „ankündigen“ Menschen zukommt.

Ihr Liebhaber und Verlobter: Angehöriger des Wehrstands, Oberleutnant, zurzeit natürlich a. D. Lebte als aktiver Offizier nach den Zeugenaussagen zum Teil von den Mitteln seiner Schönen; zum Dank dafür wird sie hin und wieder von ihm geprügelt. In richtigem Erkenntnis des Satzes, daß das Geld rund ist und sich drehen müsse, bekommt die Gräfin das Geld von ihren zahlreichen Liebhabern, gibt es ihrem Verlobten, der es dann wieder mit andern Weibern durchbringt. Natürlich hat der Herr Oberleutnant von der Herkunft des Geldes keine Ahnung. Ebenso werden ihm auch Schuhe, seidene Strümpfe, seidene Westen und noch intimere Bekleidungsstücke heilweise nicht geschenkt, sondern geradezu aufgedrängt.

Als Naive macht in dem Spiel die Tochter der Gräfin großen Effekt. Sie lebt und genießt in ihrem kindlichen Unverständnis und geht nebenbei auf den besseren Strich.

Den höchsten Beamtenstand vertritt ein Regierungshauptmann. Er hat das Bedürfnis, seine gute Art fortzupflanzen und wendet sich an die Gräfin um Heiratsvermittlung. Natürlich stehen gleich vier Bräute mit je einer Million Mark Mitgift zur Verfügung, die alle das dringende Bedürfnis haben, ausgerechnet mit dem Herrn Regierungshauptmann eine Liebesheirat einzugehen.

Helferin in diesem Amorspiel ist eine Prinzessin von Büdingen. Auch sie macht in Heiratsvermittlung, natürlich nur Ia-Mare. Gegenwärtiger Aufenthalt ist unbekannt. Briefe holt sie sich aus einem Hotel in München, wo sie sich aufhalten soll, ab. Bleibt also im Hintergrunde.

Etwas mehr in Aktion tritt ein anderer Gessler und Bekker, Graf Günther v. Königsfeld. Seine Antrittsrede erregt allgemeine Heiterkeit, da er bei seiner Vereidigung sofort erklärt, daß er nicht glaubt vereidigt werden zu können, denn seine Familie wolle ihn wegen Trunksinn und unverbesserlicher Trunkenheit entmündigen.

Auch ein Steinbruchbesitzer war dabei.

In der Verhandlung am 22. November wurde auch der Steinbruchbesitzer Kirchhoff aus Eilenburg (bei Torgau) verurteilt. Die abtote Heiratsvermittlerin hat Herrn Kirchhoff die ganzen „Moneten“ abgenommen. Und das kam so: Kirchhoff, der als junger Mann nach Berlin gekommen war, an dem nachleben Berggängen fand und Stammgast in der seitlichen Tafelrunde der früheren Weinstraße Tegelhorst wurde, wo er auch mit der Angeklagten bekannt wurde. In leichtsinnigster Weise hat er Gelder aufgenommen und sich in Wechselverbindlichkeiten gefürzt, bei denen ihm 180 Proz. Zinsen und mehr aufgebürdet wurden. Es wird behauptet, daß die Angeklagte bei diesen Finanzgeschäften berechneter und unberechneterweise hohe Provisionen eingesackt habe. Der junge Mann ist in ausgesprochener finanzieller Situation nach Berlin gekommen und hat nach seiner eignen Angabe

etwa 1000 Mk. monatliche Einnahme gehabt. Er ist Besitzer eines Steinbruchs im Werte von circa 200 000 Mk. und Besitzer eines kleinen Hauses in seinem Heimatdorf gewesen. Das Endergebnis seines überaus stotzen Lebens in Berlin ist, daß er sein ganzes Vermögen losgeworden ist und auch von dem Erbteil seiner Mutter nichts mehr für ihn übrig bleibt. Der Zeuge K. will nicht behaupten, daß die Angeklagte ihn zu dem stotzen Leben und den großen Ausgaben verleitet habe. Im Verlauf verschiedener Geschäfte, zu denen sich K. hatte verleiten lassen, kam er sogar in den Verdacht des Kreditbetrugs. Das gegen ihn eingeleitete Strafverfahren führte, da er nach Monte Carlo geflüchtet war, zu einer neunmonatigen Untersuchungshaft, endete aber mit seiner Freisprechung. — Die Anklage behauptet, daß die Angeklagte, als K. sich weigerte, ihr für eins der eigenartigen Finanzgeschäfte Provision zu zahlen, ihm gedroht habe, „sie würde ihm schon einmal etwas in den Weg legen, wenn er die verlangte Provision nicht zahle“. K. soll die Sache so aufgefaßt haben, als ob ihm die Angeklagte mit einer Anzeige aus § 175 des Strafgesetzbuchs drohte und unter diesem Druck soll K. der Angeklagten einen Teil der von ihr geforderten Summe gezahlt haben.

Dieser gewesene Herr Steinbruchbesitzer hat sicherlich dann, wenn es sich um eine Zulage für seine Arbeiter handelte, eine recht niedrige Hand gehabt. Der Prozeß ist noch nicht beendet, aber für die breite Volksmasse sind die Verhandlungen sehr interessant. Um die Hauptpersonen in dem geschilderten Charakterbilde gruppieren sich wirkungsvoll andre Darsteller, die den Chor und die Statistiken besetzen. Vertreten sind Bardamen, Heiratschwindler, Wechselretter, Agenten, ehrbare Kaufleute, Großhändler und andre Mitglieder der guten Gesellschaft.

Ein organisationsfeindlicher Pflastersteinindustrieller.

Als die Arbeiter der bekannten Firma L. Hartmeier, Pflastersteinbetriebe in Böllingshofen bei Colmar i. G., in diesem Jahre zum erstenmal den beschriebenen und berechtigten Versuch unternahm, eine bestimmte Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeizuführen, erregte dieses selbstverständliche Vorgehen der Arbeiter dermaßen den Zorn des allgewaltigen Herrn Hartmeier, daß eine Anzahl von Arbeitern nach Beendigung der Bewegung nicht wieder eingestellt wurden. Damit aber noch nicht genug, versucht Herr Hartmeier, jezt vor Eintritt des Winters, noch in strengem Maße Strafmittel an den ihrer Menschenwürde bewußt gewordenen Arbeitern zu spielen.

Als es ihm gelang, eine größere Anzahl harrischer Arbeiter einzustellen, entließ er einheimische Arbeiter, die bisher die Interessen der Allgemeinheit am eifrigsten vertreten hatten. Gründe konnte der Herr für die Entlassung nicht anführen, als nur die, daß die Arbeiter angeblich „froh“ gewesen wären. Wenn dieser Unternehmer nun aber geglaubt hatte, in den herangezogenen fremden Arbeitern einen gefügigen Ersatz für die Gemahregestellten zu haben, so täuschte er sich, denn sämtliche 17 Zugezogene verließen den Betrieb wieder, als die Zurücknahme der Maßregelung verweigert wurde. Was mit der Entlassung bezweckt wurde, ging schon aus der Art der Verhandlung mit Herrn Hartmeier hervor. Die von den Arbeitern bestimmte Kommission brachte bei der Verhandlung über die Zurücknahme der Entlassung ihren Wunsch in der ruhigsten und sachlichsten Weise vor, während Herr Hartmeier in derartiger Erregung geriet, daß seine anwesende Frau ihn sogar ermahnen mußte, sich nicht derartig aufzuregen.

Die von Hartmeier bei der Verhandlung gemachten Andeutungen ließen schon darauf schließen, daß er noch weitere Gewaltmaßnahmen im Auge hatte. Das bestätigte sich auch schon am andern Tage, als die fremden Kollegen den Betrieb verlassen hatten. Weitere 18 einheimische Arbeiter flogen aus Pflaster. Das ist der Dank des Unternehmers an diejenigen, die während des stotzen Sommergeschäfts im

Schweife ihres Angeichts ihm halfen, Profite zu häufen. Ein Weihnachtsgesicht der Unternehmer-Nächstenliebe!

Wir warnen alle Arbeiter dringend, irgendwelche Arbeitsangebote nach den Betrieben dieses Unternehmers in Böllingshofen-Geberschweier bei Colmar anzunehmen. Wir erwarten, daß sich kein Arbeiter dazu hergibt, den im berechtigten Kampfe um ihr Koalitionsrecht stehenden Kollegen in den Rücken zu fallen.

Die Firma liefert vorzugsweise an staatliche und kommunale Behörden. Der Wunsch der Arbeiter ist jedenfalls berechtigt, daß diese Behörden bei Übertragung von Lieferungen darauf sehen, daß Unternehmer nur berüchtigt werden, wenn sie den Arbeitern nicht das selbstverständliche Recht der Organisationszugehörigkeit freitrag machen. An alle Vertreter in den öffentlichen Körperschaften appellieren wir, dafür Sorge zu tragen, daß dem Herrn zum Bewußtsein gebracht wird, daß die Zeiten der Hörigkeit vorüber sind.

Auch im reichsländischen Landtag wird bei der bevorstehenden Verhandlung über die vom Zentralverband der Steinarbeiter eingereichte Petition über dieses Vorgehen einer Firma, die sich der weitgehendsten Unterstützung durch die Behörden erfreut, ein ernstes Wort gesprochen werden.

Wie wir erfahren, will die Firma im Banrischen Wald (Haugenberg, sowie in Commerz und in der Lausitz Pflastersteinmager anweisen.

Die Kollegen müssen also vor den Agenten auf der Hut sein. Wir sind dessen sicher, daß es Hartmeier nicht so leicht gelingen wird, Arbeitswillige nach dem Elck losen zu können.

Kirche und Gewerkschaften in Deutschland.

Von Dr. Erdmann.

II.

Nach Fall des Sozialistengesetzes begann in der Presse des Zentrums die Diskussion über die Art und Weise, wie man der Gefahr begegne, daß die katholischen Arbeiter dem Einfluß der freien Gewerkschaften verfallen. Verschiedene Vorschläge wurden laut. Zuerst wurde der Gedanke geäußert, die katholischen Arbeiter in großer Zahl den „sozialistischen Verbänden“ zuzuführen, damit sie dort die Mehrheit erhalten und den christlichen Geist zur Herrschaft bringen sollten. Der Gedanke wurde bald wieder aufgegeben, da man sich bemüht war, daß eher die christlichen von diesem als umgekehrt die freien Gewerkschaften von den christlichen befehrt werden würden. Dann erörterte man den Plan, in den katholischen Arbeiter- und Gesellenvereinen berufliche Untergruppen zu bilden und durch diese die gewerkschaftlichen Interessen der katholischen Arbeiter wahren zu lassen. Weiter wurde vorgeschlagen, Gewerkschaften auf katholischer Grundlage zu gründen, die dann bei Lohnbewegungen und größeren Aktionen mit ähnlichen Organisationen auf evangelischer Seite zusammen vorgehen sollten. Endlich kam der Vorschlag, Gewerkschaften für die gläubige Arbeiterschaft insgesamt, also für katholische und evangelische Arbeiter gemeinsam, zu gründen, von denen nur die Sozialdemokraten ausgeschlossen sein sollten.

Die Vielfältigkeit der Vorschläge beweist, welche Schwierigkeiten dem Zentrum diese Sache machte. Es war sich bewußt, daß etwas geschehen mußte, um das erwachende Organisationsbedürfnis der katholischen Arbeiter zu befriedigen; es wollte sie nicht den freien Gewerkschaften zuweisen, aber auch nicht eine Kampfororganisation eigens für sie errichten, damit waren weder die katholischen Unternehmer einverstanden, noch lag es in der Absicht der Kirche, die Arbeiter zur Selbständigkeit und zum Klassenbewußtsein erwecken zu lassen. So wurden denn Versuche in dieser oder jener Richtung gemacht, so daß bis 1900 die christliche Gewerkschaftsbewegung ein gar buntes Bild von Richtungen und Bestrebungen gewährte. Nach langen und erregten Auseinandersetzungen kam dann diejenige Richtung zum Siege, die den katholischen Volksverein hinter sich hatte: die

Der Turm.

Ich fuhr einmal von Braunschweig nach Freiburg. In der alten Wellenstadt hatte ich den letzten Abendhimmeln auf den grünen Aussichtsturm der Eglipyrche gesehen, und als ich in der Braunschweigstadt ausstieg, schien die Morgenröte durch die zarte Steinpracht der durchbrochenen Minsterpyramide. Weites war Gotthilf und doch, waldhimmelsweiter Unterschied. Dort die nüchternen Geschlossenheit des norddeutschen Protestantismus, hier die offene Sinnensfreudigkeit des katholischen Südens.

„Eine Kirche ohne Dach, keine Straße ohne Dach“... so schildert ein Heimtschmied des fünfzehnten Jahrhunderts das alte Freiburg und jezt dabei mit einer originellen Charakterisierung den Minsterturm an die richtige, nämlich an die erste Stelle. So kraftvoll und schlank, und mit so kühner Leichtigkeit aufstrebend wie der Freiburger Minsterturm ist kein Turm der ganzen Welt; der Straßburger ist kleiner und nicht so edel in der Form, der Ulmer mit seinem mausgrauen Sandstein nicht so malerisch, und der Kölner mit seiner prägnanten Wiederholung des gleichen Turms prächtig und langweilig. Aber der Freiburger Minsterturm ist ein feineres Gebilde, wie es nur ein ganz großer Poet schaffen konnte. Sonne, Mond und Sterne scheinen durch dieses luftige Steinwerk, und wer das Selbstporträt des unbekannten Turmmeisters mit seinem feinen, starken Künstleranitz in den Minster gesehen hat, der kann nicht daran zweifeln, daß dieser Architekt ein Dichter war, der nur mit Quaden, Säulenbündeln und Kreuzblumen anstatt in Farnen und Troschäen sein Innerstes aussprach.

Wie sich der Brunnen springend übergießt, in Ruhe klar, im Steigen unbeschwinglich, leicht abnehmbar, als Welen unbewinglich, mit einem überblumten Kreuz gewipfelt, doch über diesem schließt mit gelber Spitze ein Dolch den Minster vor dem Reich der Blitze.

So Hübert der jüngste und kraftvollste alemannische Poet, Hermann Bunte, in einem Sonett den Freiburger Minsterturm. Aber seit einem halben Jahr hat dieses Wunder der alemannischen Heimat eine seltsame Veränderung seiner Gestalt erfahren. Kühne Zimmerleute haben in langsamer, zäher Arbeit zwischen den Säulen und den Rosettenköpfen des Turmunterbaus gewaltige Balken herausgehakt und sie spinnwebgleich untereinander verbunden, bis ein festes Stützwerk hochgezogen nun wie ein Mantel die Basis des

Turms rings umgibt. Dieses für sich allein schon schöne Zimmerer-Kunstwerk verändert die Form des Turms auf volle fünf Jahre gar nicht unvorteilhaft. Das Gerüst hat hunderttausend Mark gekostet, und wenn die langen Balken, aus denen es gefertigt ist, noch trocken auf den Bergen mit grünenden Wipfeln ständen, so wäre es ein ganzer Wald. Jezt sind die Zimmerleute abgezogen und haben den Steinmehnen Platz gemacht. Da stehen sie auf dem luftigen, mit sicheren Brüstungen versehenen Holzgaleen zwischen Himmel und Erde, prüfen Stein für Stein an dem moosigen Mauerbau, nehmen einen nach dem andern heraus und ersetzen sie alle durch genau gleich große, gesunde Früder. Und während aus dem hölzernen Gerüstmantel heraus die durchbrochene Pyramide noch freier und kühner als sonst in die Höhe steigt, wird unter ihr von flechtigen, sorgsamem Steinmehnhänden ein neuer Turm unter den alten gebaut.

Der Freiburger Minster ist meine alte Liebe. Ich kann mir nicht anders denken, als daß der verschollene Baumeister in diesem Wunderwerk nicht erschaffen wollte als ein Symbol der Welt, nicht etwa der Kirche. Der Welt mit ihrem himmelstürmenden Pranz, mag sie christlich, heidnisch oder atheistisch sein; der Welt mit ihrem brünstigen Gassen an der Erde und ihren lichten Gedanken in die Höhe und in die Tiefe; der Welt, die wie die Kirche einen guten Ragen hat, aber immer noch Größe genug in sich fühlt, mit dem schmutzigsten Mammon auch Wunderwerke zu erschaffen.

In Minstertal ziehen vier Arbeiter durch das Dach der Kofette, in der sich die feinen Steinranken des Gewölbes schreiden, Balken für Balken hundert Meter hoch im Turminnenraum empor, und die Geschichte der gotischen Welt schaut auf die vier mühsam an der Winde drehenden Freileiter. Da steht die Frau Sitte, mit ihrem leuchtend verflochten Körper und dem feinen Gesicht, und da bingelt die nackte Frau Welt mit klüglichen Keulein das Symbol der Raurekroft an, welches ein Ritter ihr galant anbietet. An der Decke fliegt aus dem Mund leichtschwebender Engel verheißungsvolle Weisheit aus langen schwebelnden Spruchbändern. Des Baumeisters Humor aber spielt wahre Orgien in den zahllosen Wasserpeichern. Es gibt keine menschliche Rartheit und keine irdische Gemettheit, die nicht ihren brünstigen Ausbruch in Stein gefunden hätte, vom schäbigen Weizbals an bis zum unerfütterlichen Weizbals, vom eisten Bajen bis zum tierischen Unglütigen. Und währenddem der stromende Regen durch die offenen Ränder dieser Farben gleißt, spielt darunter unter einem entzückenden Türmchen der junge David die Harfe, und die reine Jungfrau Maria zeigt dem Volk ihr göttliches Kind. So ist das braunene Leben der Menschheit, ihr Ringen

mit äußeren und inneren Gewalten, ihr Sehnen nach oben und ihr Suchen nach unten wie in einer versteinerten Sinfonie festgehalten in diesem Wunderbau.

Aber hoch herab aus all dem kalten Steinwerk winkt ein Itzll. Wer gute Augen hat, kann unter der Pyramide drei kleine Fensterchen sehen, davor auch jezt noch im November wie vor jedem kleinen Bürgerhaus rote Geranienstöcke blühen. Das ist die Zimmerwohnung, und wer schon droben war, der kann es verstehen, daß es Dichters- und Schriftstellerkreise von jeher stark angetan hat, Türme zu sein. Alphonse Daudet hat sich einmal nicht mehr anders zu helfen gewußt, als daß er sich drei Monate lang als Pensionär bei dem Wächter des Leuchtturms auf den Bluntinseln bei Korsika einmietete. Er sah weithin über alle Welt und konnte auch, wenn ihn einmal die Laune dazu ankam, oben herabspuden! Und wenn käme sie nicht manchmal an?

Doch nicht nur da draußen und da drinnen ist die Welt schön, wenn man einmal für einige Stunden Türmer sein darf, sondern auch da drinnen. Da ist im Schutz der glatten Steinwände aus einem ganzen Eichenwald der Glodenstuhl des Minsters gebaut. Richtig, halbmeterdicke Balken sind zu Gerüsten wie riesige Guillotinen gefügt; nur daß anstatt des stummen Fallbeils eine beredte Glode in dem Rahmen hängt. Jeder sechsundert Jahre alt sind die Balken dieses zweihundertjährigen Glodenstuhls. Zweihundertfünfzig Zentner können und dröhnendes Erz hängen hier mit schmiedeeisernen Jagen, deren größte allein vier Zentner wiegt. Das ist die Zunge der Susanna, wie die größte und wahrscheinlich älteste Glode in Deutschland im Volksmund genannt wird. Und wenn nicht gerade irgendeine von den dreizehn Gloden amtlich in Bewegung gesetzt wird, halten sie stumme Zwiesprache und reden aus sieben Jahrhunderten von Krieg und Pest, jauchzenden Festen und prunkenden Prozessionen. Eine, die Junglode, weiß sogar von vielen unbegahlten Schulden zu berichten, denn von Martin bis Weihnachten wurde sie bis Mitte des letzten Jahrhunderts täglich geläutet, um den säumigen Zahlern ihre Schulden ins Gewissen zu rufen. Am schweigfamsten ist die hundertjährige Susanna. Licht Männer braucht es, um sie in Schwingung zu bringen. Mehr weiß schon das Silberglöckle, das bei Beerdigungen, und das Armeinder-glöckle, das bei Hinrichtungen geläutet wurde.

Aber sie alle erzählen von der Schönheit der Menschen, von ihrer Torheit und von — der Macht der katholischen Kirche.

Anton Jendlich.

interkonfessionelle, christliche Gewerkschaft, das heißt diejenige Organisation, die sowohl katholische wie evangelische Arbeiter aufnimmt.

Die katholischen Politiker und Kleriker wählten diese Form um die Unterdrückung der evangelischen Arbeiter zu erhalten, und um von der Organisation den Verdacht einer ausschließlich katholischen und zentrumspolitischen Veranstaltung fernzuhalten. Im übrigen brauchten sie sich nicht zu fürchten, daß der evangelische Einfluß in den christlichen Gewerkschaften den katholischen unterdrückt hätte. Die evangelische Kirche hat ihre Arbeiter lange nicht so in der Hand wie die katholische; die meisten evangelischen Arbeiter, soweit sie politisch oder gewerkschaftlich interessiert sind, stehen auf politischem Boden. Es war vorauszufragen, daß immer nur ein verhältnismäßig geringer Teil der evangelischen Arbeiter den christlichen Gewerkschaften beitreten würde. So ist es auch gekommen. Nicht einmal der zehnte Teil der Mitglieder der christlichen Gewerkschaften gehört dem evangelischen Glauben an, neun Zehntel sind Katholiken und echte Zentrumsleute. Die Interkonfessionalität ist nur ein täuschendes Mantelchen. In Wirklichkeit sind die christlichen Gewerkschaften römisch-katholische, papistische Organisationen.

Die christlichen Gewerkschaften sind von Führern des Zentrums und der katholischen Kirche gegründet worden zur Abwehr der sozialistischen Arbeiterbewegung. Die Bekämpfung des Sozialismus auf politischem wie auf gewerkschaftlichem Gebiete wurde den Mitgliedern denn auch als ihre besondere Aufgabe hingestellt und die Zentrale des katholischen Volksvereins in München-Gladbach verwandte ihren besonderen Fleiß darauf, die dort ausgebildeten christlichen Sekretäre und Agitatoren mit dem Rüstzeug zur Bekämpfung der sozialistischen Organisationen auszustatten. Dabei wurde mit besonderem Eifer der religiöse Fanatismus der katholischen Arbeiter geweckt. Man lehrte sie nicht die freien Gewerkschaften nach ihren Leistungen für die Arbeiterklasse zu beurteilen, sondern stellte diese Verbände hin als vaterlandslos und besonders als religionsfeindlich, wobei man sich der gemeinsten Entstellungen der Wahrheit, der Lüge und der Verleumdung bediente. Selbstverständlich fehlte auch nicht der Hinweis auf den Klassenkampf der sozialistischen Organisationen, den man wahrheitswidrig so deutete, als ob es dabei einzig und allein auf den Kampf um des Kampfes willen, nur auf die Verhöhnung und Verweilung der Arbeiter abgesehen sei. Demgegenüber betonten die christlichen Gewerkschaften unter Anleitung ihrer Gründer und Führer den friedlichen Charakter ihrer Bewegung, sie gelobten sich Bescheidenheit und Persönlichkeit gegenüber dem Unternehmertum und prisen sich den herrschenden Klassen als die Retter vor dem „Uebermut“ und der „Begehrlichkeit“ der sozialistischen Arbeiterbewegung an.

Das waren die Grundsätze, mit denen die christlichen Gewerkschaften geschaffen und erogen wurden. Und mit solchen Grundsätzen glaubten die Führer, bald einen großen Teil der noch unorganisierten Arbeiter in Deutschland zu können. Aber es kam anders. Der Zulauf selbst aus den Kreisen der gläubigen Arbeiter war nur gering, trotz aller Mühe der katholischen Geistlichkeit, der Führer und Blätter, den christlichen Gewerkschaften die katholischen Arbeiter zuzutreiben. Gewiß, die christlichen Gewerkschaften nahmen im Laufe der Jahre an Mitgliedern zu, aber wenn sie um 10 000 Mitglieder wuchsen, steigerte sich bei den sozialistischen Verbänden die Mitgliederzahl um 100 000. Wuchs dem jüngsten christlichen Stamm ein Kopf, so wuchsen dem sozialistischen Drachen zehn Köpfe. Der gesunde Sinn der deutschen Arbeiter ließ sich weder durch Verleumdungen, noch durch fromme Mahnungen und himmlische Versprechungen betören. Dazu kam folgendes: Die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften waren zwar zur Bescheidenheit und Persönlichkeit erzogen, aber es war ihnen auch gesagt worden, daß sie mit solchen Tugenden bei dem Unternehmertum und bei der Klassekampfsarbeit nicht ausreichen würden, daß sie mit solchen Tugenden weiter kämen, als die Sozialisten mit ihrem Klassenkampf. Aber darin sahen sie sich bald getäuscht. Die Unternehmer fragten nichts nach der Bescheidenheit und Friedfertigkeit, womit sie ihre Forderungen vorbrachten. Wenn sie höheren Lohn und kürzere Arbeitszeit forderten, wurden sie genau so abgewiesen, ihre Organisationen wurden genau so mißachtet und ihre Leute genau so gemißregelt, wie das bei den sozialistischen Verbänden der Fall war. Da nun die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften nicht umsonst zahlen, da sie von ihrer Organisation greifbare Vorteile sehen wollten, drängten sie ihre Führer zu schärferen Maßnahmen, und so wurden denn die christlichen Gewerkschaften durch den Zwang der Verhältnisse auf den Weg des Klassenkampfes gedrängt. Das hatte nun aber weiter zur Folge, daß nun das Verhältnis der christlichen zu den sozialistischen Verbänden wesentlich umgekehrte. Um Lohnbewegungen selbständig vorzunehmen, dazu waren die christlichen Gewerkschaften zu schwach, an Mitgliedern wie an Mitteln. Wollten sie etwas erreichen, dann ging das nur im Geleise und im Anschluß an die starken sozialistischen Verbände. So sehen wir denn vom Jahre 1909 an vielfach die beiden Organisationen zusammengehen, und es muß anerkannt werden, daß sich die christlichen Gewerkschaften dabei wie anständige und klugbewusste Arbeiterorganisationen betrugten. Die Dinge gestalteten sich so, daß man damals in beiden Lagern die Vermählung einer weiteren Annäherung bis zur völligen Verschmelzung der beiden Richtungen nicht für ausgeschlossen hielt. Der erwähnte Herr Giesberts äußerte damals, die christlichen Gewerkschaften seien nicht dazu da, ihre sozialistischen Brüder zu bekämpfen. Wenn man auch vorläufig sich noch in getrennten Organisationen befindet, so werde man doch in der Stunde des Kampfes zusammenhalten und nie das Ziel aus den Augen verlieren: den Zusammenschluß aller Arbeiter in einer einzigen starken Organisation.

Diese Wandlung nach der radikalen Seite hin geschah nun keineswegs den Vätern und Gründern der christlichen Gewerkschaften zunächst nicht dem Zentrum. Das Geschehen dieser Partei beruht zwar aus Arbeitern, kleinen Bauern und Handwerkern, aber die Führung der Partei und ihre parlamentarische Vertretung besteht aus Großgrundbesitzern, Unternehmern, hohen Beamten und Angehörigen des Adels und der Geistlichkeit, also aus Leuten, die in ihrer weitläufigen Weisheit weder ein Verständnis für die Lage der Arbeiter noch die Reizung haben, den Forderungen des arbeitenden Volkes entgegenzukommen. Die katholischen Pöbelkatholiken und Handwerker, die in der Zentrumsparlei ein willkürliches Wort mitzureden haben, sehen in den christlichen Gewerkschaften einen Störer des wirtschaftlichen Fortschritts und Wegbereiter des Sozialismus; im übrigen ist das Zentrum in seiner jetzigen Schaffenheit eine durchaus konterrevolutionäre und fortschrittsfeindliche Partei, die allem ab-

hold ist, was dem sozialen und politischen Aufstieg der Arbeiterklasse dienlich sein kann.

Nun gibt es allerdings in der Zentrumsleitung Leute, die aus politischen Gründen über die christlichen Gewerkschaften ihre Hand halten. In einzelnen Teilen Deutschlands, so namentlich im industriereichen Westen, wird das Zentrum bei den Wahlen stark bedrängt von der Sozialdemokratie. Hier hat das Zentrum alle Ursache, seine Massen zusammenzuhalten und sich namentlich die katholischen Arbeiterorganisationen zu sichern. Mit Rücksicht auf diese Umstände finden die christlichen Gewerkschaften im Zentrum immer noch einen starken Rückhalt. Ja, das Zentrum ist sogar soweit gegangen, einigen der christlichen Gewerkschaftsführern zu einem Reichstagsmandat zu verhelfen. Die Zahl dieser Gewerkschaftsführer ist sorgsam bemessen, gegenwärtig sind es sechs unter 90 Mitgliedern der Zentrumsfraktion; und ihre Arbeit ist ebenso sorgsam geprüft, daß das Zentrum von ihnen keine Störung seiner volksfeindlichen Politik zu fürchten braucht. Das war ein schlauer Streich des Zentrums.

Wirtschaftliche Rundschau.

Reform im Sparkassenwesen.

Die seit Jahren notwendig veränderte Geldmarktlage hat mehr und mehr auch die Sparkassen zu einer Umwandlung ihres Geschäftsverhaltens gezwungen. Mancher alte Typus, den öffentliche Unternehmungen fast immer länger tragen als bewegliche privatkapitalistische Konkurrenzbetriebe, ist dabei gefallen.

So die früher fast allgemein verbreitete Bestimmung, daß für die Verzinsung an die „Runden“ der Einzahlungsmonat sowie der Abschlagsmonat nicht rechnet. Dies ließ sich länger aufrechterhalten, sowie der Wettbewerb der Großbankfilialen, die vom ersten bis zum letzten Tage der Einlage Zinsen gewähren, ein reger wurde. Heute scheint die tägliche Verzinsung für die Spargelder fast einheitlich durchgeführt zu sein, und erst aus einer jüngsten offiziellen Mitteilung des Berliner Magistrats wurde man noch einmal an die „alten alten Zeiten“ erinnert: die Verzinsung in Berlin, welche bisher, wenn die Spargelder nicht in den ersten drei Tagen des Monats eingezahlt waren, erst von dem Anfang des folgenden Monats begann, soll „in Zukunft bedarfsweise erfolgen; das heißt, die Verzinsung wird für die in den ersten zehn Tagen des Monats eingelezten Spargelder am 11. des Monats, bei den Einzahlungen vom 11. bis 20. des Monats am 21. und bei den von diesem Termin bis Ende des Monats erfolgten Einlagen am 1. des folgenden Monats beginnen“. Auch die Erleichterung der Einzahlungen und Abschreibungen durch Verrechnung der Sparkassenstellen und durch Modernisierung der ganzen Geschäftsbildung war mit der Zeit zu einem Gebot der Notwendigkeit geworden; gerade in Berlin wurde beispielsweise noch vor wenig Jahren entweder der Mann einen Tag Urlaub nehmen oder die Sparkasse auf die Zubereitung des Mittagmahls verzichten, wenn, besonders in der Weihnachtszeit, ein Teil der Gelder zurückgeholt werden sollte.

Erhöhungen des Zinsfußes.

Die bedeutungsvollste Reform ist jedoch die Erhöhung des Zinsfußes selber, nachdem alle weitverbreiteten Formen des Zinsfußes der Privatbank, der offiziellen Bankfilialen, die Depositenverzinsung der Postfilialen, der Hypothekenzinsfuß, die Staatsanleiheverzinsung, die Obligationenrente sich längst und offenbar langsam auf ein höheres Niveau gehoben haben. In einzelnen, selbst großen Gemeinden des Ostens herrscht heute für die Sparkassengelder noch immer ein Zinsfuß von 3 Prozent vor, allenfalls unter Erhöhung für längere Zeit gesperrte Einlagen. Diese Periode dürfte überall bald zu Ende gehen. So haben die beiden großen Sparkassen in Hamburg ihren Zinsfuß schon von 3/2 auf 3/4 Prozent erhöht und sie gewähren bei gesperrten Einlagen sogar 4 Prozent, ein Zinsfuß, der bereits in Mainz, Offen a. N. und Mühlheim a. N. gewährt wird, von denen Offen und Mühlheim gleichfalls bei Vereinbarung einer längeren Kündigungsfrist bis auf 4 Prozent gehen. Mit 4 Prozent verzinsen Sparanlagen: Stadtparkspare Dortmund, Sparkasse Freiburg i. N., Städtische Sparkasse in Gelsenkirchen, Stadtparkspare in B., Spar- und Handelskassen-Verwaltungen Karlsruhe, Mannheim und Stuttgart (die beiden letzten vom 1. Juli 1913 ab, vorher beide 3/4 Prozent). Allmählich rücken hier die letzten verbleibenden Stellen nach. So erhöht Leipzig ab 1. Januar 1914 den Zinsfuß von 3 auf 3/4 Prozent; das bedeutet bei einem Einlagenbestande von rund 110 Millionen Mark eine jährliche Zinsenmehrung der Kunden von rund 550 000 Mark. Nunmehr vollzieht auch Berlin vom 1. April 1914 ab den gleichen Uebergang von 3 auf 3/4 Prozent.

Hypothekenzinsfuß und andere Selbstanlagen.

Manche neue Schwierigkeit entsteht dadurch natürlich für die Interessenten des Baugewerbes und des Hausbesitzes. Bisher leicht überhäuft man diese ungünstige Nachwirkung, denn im großen und ganzen haben sich auch die Sparkassen bei Hypothekengewährungen nicht von ihren besonderen inneren Verhältnissen, sondern von der allgemeinen Lage des Geldmarktes leiten lassen; sie haben an Aufhebungen nichts verschont, weil sie zufällig die zuträglichsten Gelder „billiger“ erhielten. Aber immerhin enthält eine verteuerte eigene Geldzuführung einen stärkeren Anreiz, beim Zinsfuß für Hypothekendarlehen alle mitberührenden Ermäßigungen und Rückstufen mehr als früher beiseite zu setzen. So berichtet man aus Leipzig gleichzeitig mit der Mitteilung über die Veränderung des Einlagezinsfußes: man werde, „um wenigstens einen Teil dieser Mehrtragabereinzubringen, den Zinsfuß der alten 4- und 4/2prozentigen Hypotheken ab 1. April 1914 auf 4/2 Prozent erhöhen; neue Hypotheken werden, wie schon seit Jahr und Tag, nur zu 4/2 Prozent bewilligt.“ Für manchen Hausbesitzer und für das ganze Baugewerbe ist aber bei der heutigen Depression selbst die kleinste Verzinsung schwer fühlbar.

Nachwirkungen auf die Baugewerbe.

Für Preußen ergibt die Sparkassenstatistik etwa folgendes Bild. Der Gesamtbestand der Einlagen betrug in Millionen Mark zu Anfang des Jahres 1912: 11 881,90, zu Ende des Jahres 12 432,07. Von allen überhaupt zinsbar angelegten Kapitalien kamen

	1911	1912
	Prozent	Prozent
auf städtische Hypotheken	40,57	42,13
ländliche	19,96	19,07

Die Verbindung mit dem Haus- und Grundbesitz bietet also im Durchschnitt den Kapitalgebern für die wiederanzulegenden Gelder (über 60 Prozent); erst in weitem Abstand reiht sich daran die Anlage in Inhaberpapieren, nach dem Bilanzwert mit 23,09 und 21,92 Prozent für 1911 und 1912, ferner die Anlage bei öffentlichen Instituten mit 12,23 und 12,88 Prozent.

Gesamtlage.

Eine Hauptverlegenheit der Sparkassen bildete in den letzten Jahren die Entwertung ihres Vermögens an Staats- und Kommunalanleihen. Daran wurde genügend oft zurückgekommen, und hierzu ist wohl der Zeitpunkt als erreicht anzusehen. Auch zeitweise Paniken, wie während des Balkankriegs, haben sie kaum nochmals zu fürchten. Durch die Zinsfußerhöhung haben sie die weitere Gefahr, die Konkurrenz der Depositenbanken, abzumildern gesucht; man muß aber nicht, mit welchem Erfolg. Gerade Berlin, der mit den Sparkassen überlastete Platz, bedurfte der Reformen am dringendsten, denn hier waren zeitweise die Einlagen sogar absolut zurückgegangen; im Jahre 1912 um nicht weniger als 5,73 Millionen Mark, während im Jahre 1911 doch noch immer eine Zunahme von 13,78 Millionen Mark gebucht werden konnte. Im Gesamtstaate Preußen ist die Zunahme der Einlagen ununterbrochen geblieben, aber sie zeigt doch eine Abminderung gegen die Vorgänger: sie betrug 1912 640 Millionen Mark (verglichen die Anfangs- und Endläufer von 1912), blieb damit aber zurück: um 130 Millionen Mark hinter der

Zunahme von 1911, um 174 Millionen Mark hinter 1910, und noch immer um 164 Millionen Mark hinter 1909. Dabei haben Zinsenverhältnisse und Zinsfußes mitgewirkt; aber zweifellos liegt auch die alte übertriebene Geschäftsführung viel zu wünschenswerth. Berlin, den 24. November 1913. Max Schuppel.

Die Geschichte der Bergarbeiter.

Der bekannte Bergarbeiterführer Genosse Otto Hue hat seinen den 2. Band über die Geschichte der Bergarbeiter erscheinen lassen. Der stattliche Band hat einen Umfang von 700 Seiten. Daraus kann man schon schließen, welches Material dem Verfasser zur Verfügung stand. Eingangs werden die technischen Neuerungen in den Bergwerkbetrieben geschildert, weiter wird dargelegt, wie schnell damit die Profittarifierung der Bergarbeiter vor sich ging. Aus jeder Zeile geht hervor, wie raffiniert es die Bergherren bisher verstanden haben, die Rechte der Arbeiter mit Füßen zu treten. Hue schildert nun in großen Zügen, welche starke Organisation sich die Bergarbeiter gegeben haben. Es war der Finanzrat Jenke, welcher erklärte:

Jede Anerkennung einer Gleichberechtigung zwischen Arbeiter und Arbeitgeber sei ausgeschlossen; nach dem Eintritt des Arbeiters in das Arbeitsverhältnis sei der erste der „Untergebene“ und den Anordnungen sowie der Strafgewalt des Arbeitgebers unterworfen. Die Arbeitsordnung sei der Ausdruck des souveränen Willens des Arbeitgebers, und jedes Einmischungsrecht des Staates sei entschieden zurückzuweisen.

Diese scharfe Herausforderung des nackten Arbeitgebers Handpunkt zeigt, mit wem es die Bergarbeiter in ihren Kämpfen zu tun haben. In recht anschaulicher Weise versteht es Hue, die Arbeitsverhältnisse der Bergarbeiter der verschiedenen Gegenden Deutschlands zu schildern. In diesen Kapiteln kommt so recht zum Ausdruck, wie tief in sozialer Hinsicht seine Berufskollegen noch stehen. Den Bergherren fließen ungeheure Gewinne zu, die Arbeiter dagegen wohnen in Baracken und scheußlichen Lodern. Ergreifend ist das Kapitel über die Massenunfälle. Wer noch etwas Menschlichkeitsgefühl im Leibe hat, muß begreifen, wie notwendig ein besserer Schutz für die armen Bergarbeiter ist. Wer die soziale Lage der Bergarbeiter kennen lernen will, der muß Hues Buch gelesen haben. Eingehende Betrachtung findet naturgemäß das Kapitel, welches die Organisationsbestrebungen der Bergarbeiter behandelt. In jeder Zeile tritt uns entgegen, wie Kapital und Behörden die Organisationsversuche der Arbeiter unterdrücken. Auch das unglückliche Verhalten der Christlichen wird betont. — Der Bergarbeiterverband kann sehr stolz darauf sein, in Hue, der früher selbst nur Arbeiter war, einen soch überaus befähigten Geschichtsschreiber gefunden zu haben. Der Verfasser hat sehr viel Quellenmaterial studiert und daselbst in geschichtlicher Hinsicht sehr geschickt verarbeitet. Hues Werk, wie meinen Band 1 und 2 seiner Bergarbeitergeschichte, ist als Werke der gewerkschaftlichen Literatur zu betrachten.

Die Volksfürsorge

Gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungsgesellschaft

In Hamburg gibt jedermann Gelegenheit, Lebensversicherungen bis zu 1500 Mark abzuschließen. Bei Sparversicherungen ist diese Grenze nicht gesetzt. Auch kann der Versicherte zu seiner Kapitalversicherung bis zu 1500 Mark eine Sparversicherung nehmen und durch fortgesetzte Einzahlungen seine Versicherungssumme ständig steigern. — Das Aktienkapital von 1 Million Mark — eingezahlt von den Gewerkschaften und Genossenschaften — wird nur mit 4 Prozent verzinst. Gewinnbeteiligung der Aktionäre, Aufsichtsrats- und Vorstandmitglieder ausgeschlossen; der gesamte Ueberschuß nur den Versicherten! Versicherungsgebiet: Das Deutsche Reich. In allen größeren Orten eigene Rechnungsstellen unter Kontrolle der Gewerkschaften und Genossenschaften. Halbjährliche Prämienzahlung von 30 Pf. an. Günstigste Versicherungsbedingungen. Kein Verfall von Versicherungen. Bei Nichtweiterzahlung der Prämien Umwandlung in eine Sparversicherung oder prämienfreie Versicherung. Rückkaufsmöglichkeit. Sofort Gewinnbeteiligung mit Ausnahme bei Sparversicherungen. Sieben Tarife. Tarif I: Versicherung auf den Todesfall mit abgeleiteter Prämienzahlung. Die Versicherungssumme wird mit den angesammelten und um 3/2 Prozent Zinseszins vermehrten Gewinnanteilen beim Tode, spätestens beim 85. Lebensjahr, ausgezahlt. Vom 65. Lebensjahr ab erhöht sich die Versicherungssumme außerdem noch um jährlich 3/2 Prozent Zinseszins. Tarif II: Versicherung auf den Todesfall mit jährlicher Prämienzahlung. Tarif III: Kinderversicherung verbunden mit Konfirmations-, Militärdienst- und Aussteuerversicherung. Tarif IV: Sparversicherung (Volksversicherung) mit zwangloser Prämienzahlung. Tarif V: Militärversicherung mit fallender Prämienzahlung. Tarif VI: Kinderparversicherung mit zwangloser Prämienzahlung. — Auskunft bereitwillig bei allen Rechnungsstellen, bei allen Vertrauensleuten der Gewerkschaften und bei den Vorständen der Konsumvereine. Dasselbst auch Prospekte.

Literarisches.

Nuz der Kiese. Im Dresdner Partieverlag von Roden u. Co. ist soeben unter dem Titel: Nuz der Kiese ein neues Märchenbuch herausgegeben. Verfasser ist Genosse Grösch. Das Märchenbuch ist für die Arbeiterjugend verfaßt. Die Hauptperson in der Beschreibung spielt Nuz der Kiese, ein 14jähriger Großknab. Mittels einer Abstrus-Stragmaschine reist er durch die Erde und landet in einem Zwergenstaat. Er wird dort von den Zwergen, welche als „Edmalhäuse“ bezeichnet werden, als Helfer und Erlöser betrachtet. In jenem Miniaturstaat spielen die „Zahlhäuse“, die Ausbeute des Volkes, die Hauptrolle. Der unermessliche Reichtum, regiert das Ganze mit großem Selbstbewußtsein. Die Schmalhäuse ermuntern nun Nuz, den aus den Wolken Gefallenen, doch endlich das „Befreiungswort“ zu unternehmen, und die Zahlhäuse zu vernichten. Aber Nuz ist sich seiner Rolle nicht so ohne weiteres bewußt; er spielt aber dem Unglücklichen Regiment manchen tollen Streich; insbesondere bringt er durch ein bloßes Niesen nicht weniger als 200 Kavalleristen, welche ihn gefangen nehmen sollen, in die Flucht. So Nuz erweist, herricht Aufruhr, am größten ist der selbe aber immer am königlichen Hofe. Das Märchen: Nuz der Kiese, ist wohl das erste, welches direkt im Sinne unserer Zeitgenossen geschrieben ist. Es behandelt die kapitalistische Ausbeutung in so verständlicher Erzählung, daß unser junges Volk sofort gewahrt wird, auf was der Verfasser hinaus will. Die einzelnen Kapitel werden immer eine steigende Spannung, dabei ist die Schilderung äußerst vollständig. Die Ausgestaltung des Buches ist geradezu famos zu nennen. Der Dresdner Partieverlag hat bewiesen, daß er in graphischer Hinsicht sehr leistungsfähig ist. Dem Verfasser aber sind wir zum Dank verpflichtet, daß er mit Nuz den Kiesen ein Werkchen schenkt, das die Arbeiterjugend immer willkommen sein wird. — Unsern Kollegen können wir die Anschaffung des Märchenbuchs, es ist ein schönes Weihnachtsgeschenk für die Kinder (Preis 1.50 Mark, nur deuten empfohlen.

meter Diabasfalsit, darunter 4001 Kubikmeter Basalt und 60 Kubikmeter Diabasfelschlag.

Rundschau.

Reklame für die Anwendung von Heberli-Makadam.
Im Münchner Gemeindekollegium stellte Dr. Krilche den Antrag, einen Teil der zur Kleinstempflasterung für 1914 vorgesehenen Straßen, jedenfalls aber die mit Radfahrwegen herzustellenden Straßen, mit Heberli-Makadam auszuführen.

Die Heberli-Makadam-A.-G., München, hat ein Angebot auf Erbauung der Kleinstempflasterung durch Heberli-Makadam unterbreitet, wodurch nach ihren Berechnungen für die Gemeinde München eine Ersparnis von mindestens 220 000 Mark pro Jahr zu erzielen wäre.

August Ulrich. Am 17. November starb in Gutsdorf bei Striegau (Schlesien) im Alter von 75 Jahren unser ältestes Verbandmitglied August Ulrich. Der Name des Verstorbenen dürfte wenig über die Grenzen des zweiten Gaues hinaus bekannt sein und doch wird er in der Geschichte der Arbeiterbewegung unvergessen sein.

Interessantes Submissionsergebnis. Die Stadt Ditzschau schrieb 2000 qm schwebeliche Pflastersteine aus. Die Verwertung ausländischer Materialien haben wir bereits früher scharf kritisiert.

Frei Dagonn Frei Ufer

Firma	Frei Dagonn	Frei Ufer
*Stengel & Co., Stettin	7.83	7.83
*Herz Huber, Stettin	7.93	7.83
*Lof Hansen, Hamburg	7.95	7.85
*Jungfer & Barany, Berlin	8.24	8.20
*Hartmann & Schottwerke, Berlin	8.40	8.30
*C. A. Anslgrens, Enta, Uddevana	7.63	7.54
*J. & A. Nielson, Göteborg	9.25	9.15
*Felix Gronau, Danzig	8.18	8.15
Qualitater Granitwerke, Breslau	7.00	7.00
H. Schall, Breslau	7.70	7.70
Höcker & Nicolai, Breslau	7.55	7.55
H. Thasler, Stralandsdorf	9.00	9.00
G. Culmiz, Striegau	9.75	9.75
Carl Sparrmann & Co., Dresden	9.70	9.70
Otto Kraze, Görlitz	9.75	9.75
Joachim Jenien, Hamburg	8.05	8.10

Die beiden Breslauer Granitwerke haben also den Quadratmeter für 7 und 7.55 Mk. frei Dagonn angeboten. Dabei zu hoffen ist, daß eine der beiden Firmen ebenfalls auch den Zuschlag erhält.

Die freiwilligen Mitgliedschaften bei den Krankenkassen. Zahlreiche Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellte haben verständigerweise die Mitgliedschaft bei den Krankenkassen als Selbstzahler freiwillig fortgesetzt, als sie arbeitslos wurden oder aus der Versicherungspflicht aus anderem Grunde ausstiegen.

Unsere Kollegen, besonders die städtischen, tun wegen der großen Arbeitslosigkeit gut, sich ihre Rechte auch bei den neugeschaffenen Krankenkassen zu sichern.

Die Schwemmsteinindustrie kartelliert. In der Umgebung von Koblenz dominiert die Schwemmsteinindustrie. Die großen Firmen, welche insgesamt jährlich 300 Millionen Steine erzeugen, haben sich kartelliert.

Beschäftigung jugendlicher Arbeiter. Steinbruchbesitzer Keller in Lautental ließ den in seinen „Höfchen“, wo die Pflastersteine aufbereitet werden, vorkommenden Abfall als Beschotterungs-material durch jugendliche Arbeiter fortschaffen.

Regen Betrugs verurteilt. Der Steinarbeiter Benedek stand kürzlich vor den Schranken des Landgerichts Erfurt.

Der wandernde Berg im Westerwald. Im „Berliner Tageblatt“ lesen wir: Vor rund zwei Jahren hat sich im innersten Teil des Westerwaldes unweit Marienberg ein großer Teil eines Bergabhangs in Bewegung gesetzt.

Kollegen! Seid unausgesetzt tätig für eure Organisation!
Quittung.
Eingegangene Gelder vom 16. bis mit 22. November.

(Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate).

Zwickau, B. 66.	Oberlungwitz, B. 22.10, K. 1.60.	Ritzberg, B. 29.40, K. 0.60.	Cottbus, B. 21.80.	Bromberg, B. 4.80.														
Freiberg, B. 2.40, Div. 0.70.	Widischeshofen, B. 4.80.	Alt-Warthau I, B. 300.	Abelsdorf, B. 19.50, K. 0.50.	Bremte, B. 39.06, M. 1.50.														
Frankfurt a. M., B. 100.	M. 9.	Höchst a. M., B. 47.60, K. 6.75, M. 5.	Herford, B. 46.	M. 4.	Ramenz, B. 398.													
Rürnberg, B. 1126.	E. 0.50, K. 100.	M. 12.50.	Obermürlen, B. 56.25.	Ortenberg, B. 54.60, M. 5.40.	Posen, B. 32.													
Haderleben, B. 3.50.	Wilsdorf, B. 1.20, K. 0.80, Div. 0.30.	Glöben, B. 2.	Weinshöla, B. 4.	Div. 0.10.	Ellenburg, B. 6.	Div. 0.10.												
Stralsund, B. 10.80.	Siegen, B. 13.80, Div. 0.20.	Kaiserslautern, Div. 25.	Bolzshagen, B. 204.	E. 3.50.	Zweibrücken, B. 25.20, K. 1.50, K. 0.30.	Rapen, B. 562.	K. 10.	Sellenkirchen, B. 100.	M. 5.	Söttingen, B. 6.40, K. 1.50.	Schwetler, B. 40.	Hafferode, B. 670.	K. 128.	M. 2.	Rindisch, B. 137.60, E. 3.	Hooß bei Caffel, B. 42.68.	Reß, B. 200.	Obermündig, B. 93.

Ludwig Geiß, Kassierer.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer Ludwig Geiß, Leipzig, Zeiger Straße 32, IV., zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, für was das Geld bestimmt ist.

Allgemeine Bekanntmachungen.

Neubau. Der Steinmetz Joseph Beril aus Nischelberg wurde aus dem Verbandsausgeschlossen. Die Ortsverwaltung, Jena. Bis auf weiteres sind alle Aufträge, die Zahlstellen betreffend, an Unterzeichneten zu richten.
K. Gustav Bartholomäus, Markt 9, IV.
Niederlamm. Erlaube die Vertrauensleute, mit der Adresse der Kollegen Franz Hecht zu übersenden. Hecht ist von hier abgezogen und hat seine Interimsstelle in größter Unordnung liegen lassen. Ich warne hiermit, daß diesem Kollegen etwas geborgt wird.
Heinrich Georgi, Vorsitzender.
Mittweida. Dem Kollegen Franz Pfeifer, geb. am 12. Juni 1884 zu Bernerstadt, ist kein neues Buch auszustellen, da er das alte als Pfand für seine Schulden im „Volkshauss“ hinterlassen hat.
Paul Fontane, Vorsitzender.
München. Der Steinmetz Jakob Boran, geb. am 7. Juni 1889 zu Queichheim, ist hier nach § 3 Abs. 5a des Statuts als Mitglied gelistet worden.
Die Ortsverwaltung.
Striegau (Schlesien). Der Steinmetz Johann Buchner (Verh. Nr. 7294) möge seine Adresse wegen einer wichtigen Zeugenladung an den Unterzeichneten mitteilen.
G. Müller, Vorsitzender, Bahnhofstraße 11.
Zinheim (Westerwald). Willy Bachmann, wo steckst Du? Sucht Dich dein Kollege Rudolf Weber.

Adressen-Veränderungen.

Bad Nibling. Vors.: Hans Eiterer.
Dortmund. Vors.: F. Bernhardt, Wambeler Straße 35.
Gleiwitz. Vors.: Johann Sobulla, Wilhelmstraße 47, III.
Herford. Vors.: Joh. Pung, Lemgo (Dippe), Klustampfer.
Neubau. Vors.: Joseph Japp, Neubau Nr. 72 (Post Nischelberg).
Kass.: Georg Donath, Neubau (Post Nischelberg).
Neu-Gunnersdorf. Vors.: Ernst Kunze, Nieder-Gunnersdorf Nr. 53.
Niederlinda (Kreis Lauban). Vors.: Gust. Richter, Nr. 127.
Kass.: Bruno Eder, Heidersdorf bei Lauban, Nr. 143.
Ober-Dorla. Vors.: Wilh. Schreiber, Antonstraße 25.
Gießen. Vors.: Joh. Neupert, Hofenbach.
Witten a. Ruhr. Kass.: Joh. Meyler, Arbenstraße 34, I.

Verammlungskalender.

Mitglieder-Versammlungen
Grimma: 30. Nov., nachm. 8 Uhr, im Gasth. zu Burgberg (Mei.)
Wunsiedel: 4. Dezember, nachm. 5 Uhr, im Gewerkschaftshaus.
Alsbach: 6. Dezember, abends 8 Uhr, im Gasthof zum Fährhof.
Jena: 6. Dezember, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus.
Alsems: 7. Dezember, nachmittags 3 Uhr, bei Friedrich Schäfer.

Briefkasten.

Je. in D. Die Gelder hat der Vormund nach § 1807 B.G.B. mündelicher anzulegen. Laut § 1814 muß der Vormund, wenn er von den Kapitalien Geldbeträge abheben will, die Genehmigung des Vormundschaftsgerichts haben. Allerdings kommt die Abhebung der Zinsen hierbei nicht in Betracht. — St. Selbstredend geht das § 1244 R.D. lautet: Wer aus einem versicherungspflichtigen Verhältnis aussteigt, kann die Versicherung freiwillig fortsetzen oder später nach § 1268 erneuern. — Herz. Dolomitt wird in Braunschweig in folgenden Orten gewonnen: Varrigeln, Holzeln, Harberode bei Bisperode und Erzhagen. In Holzeln wird auch Asphalt gewonnen; in Affe, Thiede, Hedwigsburg, Gradleben und Delsburg wird Kalk gefördert. Firmen geben wir nicht an. — O. in G. Es kommt lediglich auf die Stärke der Platten an. Ja, wenn ich der Quadratmeter für 80 bis 85 Mk. herzustellen. Ob ein ganz reiner Block von einer solchen Dimension zu bekommen ist, bezweifeln wir sehr. — J. Findet selbstredend Aufnahme, wobei wir auf Deine Geduld im voraus rechnen. Besten Gruß! — Im. Ein solcher Prozeß ist hoch wichtig auszuführen. Also mache Dir keine Hoffnung. Die Durchführung kostet einen „blauen Lappen“, und da mußst Du schon 10 abm sparen, um diesen Betrag wieder verdienen zu können. — Pa. Unmöglich zu jenem Termin. Dabei halten wir's allemal mit dem Dichtwort: Wird man wo gut ausgenommen, muß man nicht gleich wiederkommen. — Deinen Gruß! — St. Wir kommen darauf noch zurück. Aus tatsächlichen Gründen muß die Sache zurück unterbleiben. — Statistikenfreund. In der Metallverarbeitung waren 1907 858888 Personen beschäftigt. Im Jahre 1909 sind 93175 Körperverletzungen vorgekommen. Die andere Frage haben wir keine Zeit zu beantworten, denn wir können nicht überall in den Postämtern herumgraben. — Neufang. Müßen wir ablehnen. — Roth. Das würde dem Staatsanwalt sehr angenehm sein. — Kältebrunn. Die nähere Adresse ist uns unbekannt. Als Reiseroute kommt in Frage: München, Augsburg, Schaffhausen. Die Fahrt mag etwa 17 Mk. kosten. Wende Dich wegen Auskunft an den Kollegen Rob. Kolb, Zürich (Schweiz), Langstraße 10. — Grahlheim. Daran wird nicht mehr geknüttelt. — Hamburg. Ja, R. B. war im Jahre 1911 Vorsitzender in Springe.

Zur Beachtung!

Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitssuchenden, sich über die einschlägigen Berufsverhältnisse schriftlich zu erkundigen.

Anzeigen

Neuheit für Steinmetzen!
Simplon-Stockhammer
Ersatzplatten
hierzu liefere zu ermäßigten Preisen.
Albert Baumann, Ane (Erzgeb.)
Werkzeugfabrik.

Schürzen
Emil Keidel Spezial-Geschäft
Eigene Anfertigung.
Hamburg 6, jetzt Bartelsstrasse 93.

Lüchtige Steinmetzen
heißt sofort ein **Granitwert Sauten, Robert Berndt 609ne.**

Allein-Vertrieb
der sehr beliebten Dieselschen gestrichelten Steinmetz-Hemden und Hosen für Hamburg, Altona und Umgegend.
Emil Keidel Hamburg 6
Bartelsstrasse 93

Lüchtige Granitschleifer
für Akkordarbeit nach hohem Tarif stellt sofort ein
W. Thust, Gnadenfrei.

Gejtorben.
Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingeleitet werden.
In Copik (Zahlstelle Pirna) am 22. November der Sandsteinmetz Adolf Paul, 58 Jahre alt, an Tuberkulose.
In Kitzschheim am 15. November der Kalksteinarbeiter Anton Hofmann, 32 Jahre alt, an Tuberkulose.
In Reichenbach am 19. November der Bergmannschleifer Philipp Oswald, 37 Jahre alt, an Lungenschwindsucht.
In Ufenau am 10. November der Sandsteinmetz Heinrich Benke, 39 Jahre alt, an Lungenschwindsucht.
Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.